

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Postzeile oder deren Raum 3,00 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübener Volksbote

Nr. 41.

Freitag, den 17. Februar 1922.

29. Jahrgang.

Reichstagsneuwahlen?

Berlin, 17. Februar.

Im „Vorwärts“ veröffentlicht Genosse Scheidemann einen Leitartikel „Mehrheit ohne Klarheit“. Er schreibt darin u. a.: Die Situation ist jetzt so, daß die Regierungsparteien entweder Zuwachs von rechts oder links haben müssen, wenn sie überhaupt arbeitsfähig werden sollen. Wie weit eine Erweiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei in Betracht kommen könnte, ist vorläufig nicht abzusehen nachdem sie erst gegen das Kabinett Wirth ein Mißtrauensvotum beantragt hatte.

In einer Nachschrift der Redaktion des „Vorwärts“ heißt es: Es muß in aller Ruhe versucht werden, mit der Mehrheit vom 15. Februar die Finanzreform unter Dach zu bringen, wobei sachliche Unterstützung von rechts oder links mit Dank angenommen werden kann. Erst wenn dieser Versuch scheitert, weil sich kein genügend großer Teil der bürgerlichen Parteien findet, um den Wirth in einigermaßen gerechter Weise zu den Wästen heranzuziehen, erst dann würde die Situation zu einer Klärung durch Neuwahlen reif sein.

Eine neue Note über die Deutschen Werke.

Berlin, 16. Februar.

General Nollet hat unter dem 13. Februar d. J. zur Frage der „Deutschen Werke“ an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der unter dem Hinweis auf den grundsätzlichen Beschluß der Botschafterkonferenz, daß die Umstellung der verbotenen Fabrikationszweige in den Deutschen Werken unter Berücksichtigung der besonderen Interessen der Arbeiter ausgeführt werden muß, die Vorlegung folgender Unterlagen bis zum 15. Mai d. J. erbeten wird: a) Das zukünftige Programm für die Werke Erfurt, Spandau-Hafelhorst und Wolfgang (Manau) mit Angabe der für die Durchführung erforderlichen Abschnitte. b) Ein Uebersichtsplan, aus dem die Ruhbarmachung der für jeden der zukünftigen Fabrikationszweige in Betracht kommenden Werkstätten und Maschinen ersichtlich ist. Die Ausführungsbestimmungen über Uebersichtsbekleidung usw. sollen von der Distriktskommission unter Fristangabe erlassen werden. Gewisse verbotene Fabrikationszweige dürfen provisorisch weitergeführt werden. Die Anstellungen müssen beendet sein mit dem effektiven Aufhören der Kontrolle der alliierten Mächte. Die gegebenen Anweisungen beziehen sich nicht auf die Ausführung schon vorher getroffener Entscheidungen und solchen, die seitens der Botschafterkonferenz inzwischen revidiert worden sind. Im weiteren Verlauf der Ausführungen stellt die Note Richtlinien für jedes der in Betracht kommenden Werke auf. So darf beispielsweise das Werk Erfurt Schußwaffen, Jagd- und Sportmunition nur provisorisch weiterfabrizieren. Dem Werk Wolfgang wird die Herstellung von Nitrozellulosen verboten. Den Schluß der Note bildet eine Aufzählung der bereits über die Deutschen Werke getroffenen grundsätzlichen Entscheidungen.

500 Millionen Goldmark für 1922.

Paris, 17. Februar.

„Paris Midi“ meldet, daß der englische Vertreter im Wiederaufbauausschuß beantragt wird, die deutschen Baarzahlungen für das Jahr 1922 auf 500 Millionen Goldmark, wie ursprünglich in London vereinbart und nicht auf 720 Millionen, wie in Cannes geplant, festzusetzen.

Vor dem Staatsstreich in Ungarn.

Budapest, 16. Februar.

Heute um 9 Uhr vormittags trat die Nationalversammlung zum letzten Male vor ihrer Auflösung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Wahlreform, die auch gestern bis spät in die Abendstunden hinein die Nationalversammlung beschäftigte, ohne daß es zu einer Verabschiedung der Regierungsvorlage kam. Spät abends machte der Abg. Karl Huszar noch einen letzten Versuch; er beantragte ein Kompromiß, wonach das Wahlrecht an die Kenntnis des Lesens und Schreibens geknüpft und die Geheimabstimmung im ganzen Land eingeführt werden sollte. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, daß er nicht selbstständig eine Entscheidung über diesen Vorschlag fällen könnte. Er begab sich hierauf zu Horvath und teilte nach seiner Rückkehr dem Parlament mit, daß die Regierung nicht in der Lage ist, dem Kompromiß zuzustimmen. Abg. Huszar erklärte dazu im Namen der Christlichnationalen Partei, die Annahme der Regierungsvorlage mit allen Mitteln verhindern zu wollen.

Es steht danach ziemlich fest, daß auch die heutige Sitzung ergebnislos bleiben und die Regierung nach erfolgter Auflösung des Parlaments ihre Wahlreform dem Lande aufbringen wird.

Budapest, 16. Februar.

Der Gerichtshof von Kaposvar hat den zu der Oppositionspartei der kleinen Landwirte gehörenden Abg. Bakozay wegen Aufruf zum Klassenhaß, derer er sich in einer Versammlung schuldig gemacht haben soll, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Erzberger-Mörder abbestraft.

Budapest, 16. Februar.

Wie verlautet, sind die deutschen Kriminalbeamten, die hier weilten, um nach den Mördern Erzbergers zu fahnden, ohne positives Ergebnis wieder abgereist. Festgestellt soll allerdings sein, daß Schulz und Löffler sich in Budapest auf gehalten haben. Ihre Spur führt nach Temesvar. Die Nachforschungen werden fortgesetzt, doch nimmt man an, daß die Mörder Ungefahr bereits mit ungarischen Pässen unter falschen Namen verlassen haben.

Bonomis Programmrede.

Rom, 17. Februar.

In der gestrigen Kammeritzung hielt Ministerpräsident Bonomi seine Programmrede. Italien bleibe Mitglied der Gruppe der Großmächte, die die Welt beherrschen. Da es indessen von Friedensliebe erfüllt sei, so müsse Italien in die Verammlung der Großmächte den Geist der Mäßigung und der Versöhnung hineinbringen, durch den allein man zu einem Wiederaufbau Europas gelangen könne. Italien habe in Cannes neben Großbritannien gestanden, um die Einberufung einer Konferenz zu stiften, auf der Sieger, Besiegte und Neutrale zusammenzutreffen und wo sich die kapitalistische und Sowjet-Wirtschaft begegnen soll. Italien werde zum bestimmten Tage bereit sein.

Beraufhebung der Geldgrenze bei Auslandsreisen.

Berlin, 17. Februar.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag wieder eine öffentliche Sitzung ab, in der aber nur Gegenstände zur Beratung standen, die des allgemeinen Interesses entbehren. In erwähnen ist lediglich, daß das Gesetz gegen die Kopialstich bis 31. März 1923 verlängert und außerdem beschloffen wurde, daß künftig an Zahlungsmitteln 20 000 Mk. ins Ausland mitgenommen werden dürfen, während es bisher nur 3000 Mark waren.

Das Arbeitsnachweisgesetz.

SPD. Berlin, 14. Februar.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheit beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes. Wie bereits mitgeteilt, hatten die bürgerlichen Parteien die Unterbrechung der Beratung vor 14 Tagen unter der Zusicherung abgedroht, daß bei Wiederaufnahme der Verhandlungen endlich Ernst mit der baldigen Erledigung des Entwurfes gemacht werden soll. Trotz dieser Zusicherung begannen die Deutschnationalen am Donnerstag mit neuen Obstruktionsversuchen. Sie wollten den Entwurf mit dem noch garnicht vorliegenden Gesetz über die Arbeitslosenversicherung zusammen kuppeln. Auch die Demokraten verhielten sich entgegen ihrer Zusicherung, indem sie die Angelegenheit der Aufbringung der Gelder für die Arbeitslosenversicherung in den Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes hineingearbeitet zu sehen wünschten, inkonsequent. Das deutschnationale und demokratische Verlangen wurde aber abgelehnt.

Hierauf entwickelte sich eine längere Aussprache über den § 1 des Entwurfes, in dem die verschiedenen Arten der Arbeitsnachweisämter aufgeführt werden: Arbeitsnachweise in den einzelnen Orten, Landesämter für Arbeitsvermittlung und endlich das Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Die Rechtsparteien und das Zentrum verlangten, daß diese Stellen ausdrücklich als öffentliche Arbeitsnachweisämter bezeichnet werden, damit von vornherein bekundet wird, daß es auch noch andere Nachweise gibt, die nach Möglichkeit keine Einschränkung erfahren sollen. Die sozialdemokratischen Vertreter traten dem entschieden entgegen und wiesen auf die schweren Schäden der jetzigen Stellungsvermittlungen hin, die von Unternehmergruppen oder gewissenlosen Geschäftsleuten getrieben werden. Mit diesen Unternehmungen muß unbedingt Schluß gemacht, und die Stellenvermittlung ausschließlich den Arbeitsnachweisämtern anvertraut werden, die das jetzt vorliegende Gesetz regelt.

Die Regierung forderte ebenfalls dringend, daß der Antrag abgelehnt und die Fassung des Gesetzesentwurfes beibehalten wird, da ein einheitlicher Arbeitsnachweis zur zweckmäßigen Besetzung der Arbeitsstellen unentbehrlich ist. Trotzdem aber nahmen die Rechtsparteien und das Zentrum den Berichtigungsantrag an.

Es lebe die „Futterkrippe“!

In den letzten acht Tagen, in denen sich im Reichstag, im Anschluß an die große Erklärung des Reichskanzlers Dr. Wirth und seiner Regierung über die Abwicklung und Erledigung des Streiks der Eisenbahnbeamten, das Komödienspiel der Ministerstürzerei um jeden Preis abspielte, erlebte der Deutsche manches, was ihm zum Kopfschütteln veranlassen konnte. Jeder Tag brachte erneut Beweise dafür, daß, wie es Genosse Hermann Müller vor der entscheidenden Abstimmung nochmals betonte, der alte Vorwurf der völlig unpolitischen Veranlagung des Deutschen auch heute noch voll und ganz seine Berechtigung habe. Aber der Morgen nach der Entscheidung, nach dem Abstieg des Reichskanzlers Wirth über die Anzahl von Mißtrauensanträgen von rechts und links, unter denen bekanntlich keiner sich schärfer gegen den Kanzler persönlich aussprach, als der der Deutschen Volkspartei, brachte der größten Ueberraschungen noch eine. In dem führenden Berliner Parteiorgan der Deutschen Volkspartei, der „Zeit“, bringt es deren Herausgeber, der bekannte volksparteiliche Journalist und Reichstagsabgeordneter Rippler fertig, die Notwendigkeit der großen Koalition erneut darzutun, d. h. am Tage, nachdem die Sinnespartei die große Niederlage, die sie dem Kanzler Wirth bereiten wollte, selbst erlebt hatte. „Nicht Parteiwünsche, sondern der Zwang unserer Lage drängen zur Großen Koalition, als dem einzig-möglichen Ausweg aus unseren Nöten. Die Deutsche Volkspartei hat betont, daß sie die Notwendigkeit der Großen Koalition anerkenne, und sie erkennt sie auch heute noch an, nach dem Mißtrauensvotum gegen Herrn Dr. Wirth.“ Ausgerechnet jetzt, nachdem die Regierung Wirth auch ohne Deutsche Volkspartei eine recht respektable Mehrheit erhalten hat. Aber umso durchsichtiger enthüllt sich für jeden Einsichtigen das politische Intrigenspiel der Partei der Großindustrie, der Geldsäcke, die Partei derer, die Steuerkompromisse nur abschließen, damit den Reichen möglichst wenig abgezapft wird und die Lasten, soweit es irgendwagt, den breiten Massen aufgeschafft werden. Weil Dr. Wirth für diese Steuerpolitik der Volkspartei nicht das genügende Verständnis aufzubringen vermag, konzentriert sich auf ihn der ganze Haß der Kapitalisten. Ihn wollte man beseitigen, um in der Steuerpolitik diesen gefährlichen Gegner aus den Reihen des Zentrums auszuschalten. Wäre der Trick gelungen, dann wäre der Ruf nach der großen Koalition aus Leibesträften erklingen. Dazu hatte man ja schon Namen genannt, als Führer des künftigen Kabinetts, die in volksparteilichen und selbst in deutschnationalen Ohren so angenehm klingen. Mit Herrn Stegerwald oder gar Herrn Hermes, der bekanntlich der Deutschen Volkspartei als Finanzminister die Garantien bietet, die sie für notwendig erachtet, hätte es der Deutschen Volkspartei viel mehr Freude bereitet, das von ihr eingegangene Steuerkompromiß, das sie am liebsten schon am Tage nach seinem Abschluß abgeschüttelt hätte, durchzuführen. Wie richtig die Sozialdemokratie die Geistesrichtung des auch-Zentrumlers Hermes eingeschätzt hat, und wie sehr sie allen Anlaß hatte, ihn zu bekämpfen und ein wachsameres Auge über ihn zu haben, das beweist schlagend das volksparteiliche Vertrauen, das Herrn Hermes entgegengebracht wird.

Das Spiel ist mißlungen. Der politische Kampf beginnt aufs Neue. Er gilt der Durchführung des Steuerkompromisses. Auf diesem Wege werden sich noch die größten Schwierigkeiten finden, nicht zuletzt von der Deutschen Volkspartei, der parlamentarischen Hüterin des Geldsacks. Die Unabhängigen werden heute schon ernst mit sich zu Rate gehen müssen, um endlich ihre Schaulustpolitik aufzugeben und auch in der Steuerpolitik dem Kabinett Wirth die Unterstützung angedeihen zu lassen, die sie ihm bisher in der Außenpolitik gewährt haben.

Deutscher Reichstag.

171 Sitzung am Donnerstag, 16. Februar, nachm. 2 Uhr.

Das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Bekanntmachung des Bundesrates über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschifffahrt, wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

Der deutsch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag.

Es folgt die erste Lesung des deutsch-schweizerischen Schieds- und Vergleichsvertrages. Nach diesem Vertrag verpflichten sich Deutschland und die Schweiz, alle Streitigkeiten irgendwelcher Art, die zwischen ihnen entstehen und nicht in angemessener Frist auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, entweder einem Schiedsgericht oder einem Vergleichsverfahren zu unterwerfen.

Außenminister Dr. Rathenau: Der Vertrag, den ich Ihnen heute unterbreite, erscheint mir als ein gutes Vorbild für eine friedliche deutsche Zukunft. Der Vertrag wird geschlossen mit einem unserer Nachbarstaaten, mit der Schweiz, mit der uns jahrhundertlang eine Gemeinschaft der Kultur und enger Handelsbeziehungen verbindet. Es ist dieses ein Vertrag des ausgeglichene Rechts, eine neue Stellungnahme Deutschlands zum Gedanken der Schiedsgerichte, die, wie sie im Haag zutage trat, wenig positiv war. (Sehr richtig! links.) Raum ein zwischen Völkern abgeschlossener Vertrag steht eine so vollkommene und umfassende Regelung der Streitigkeiten vor, wie der vorliegende Vertrag. Für die Möglichkeit des Rechtsstreites ist ein Schiedsgericht vorgesehen, das endgültig entscheidet. Für politische Konflikte haben Schiedsinstanzen einzutreten, die zwar nicht endgültig entscheiden, die aber doch Vorarbeit leisten und in allen wichtigen Fällen hoffentlich endgültig entscheidend wirken. Der Geist und die Fassung des endgültigen Vertrages finden sich der Beifall dieses hohen Hauses. Wir hoffen, daß sich diesem Vertrag weitere Schiedsgerichtsverträge mit anderen Staaten anschließen werden. Solange es in der Welt nicht eine einzige Instanz gibt, die sagen kann: „Kommt zu mir, bei mir findet ihr die absolut höchste, durch keinen äußeren Einfluß gestörte Gerechtigkeit“ — solange es keine Instanz gibt, die sagen kann: „Kommt zu mir vor mein Tribunal, hier wird jede Sorge eines Landes und jedes berechtigete Bedürfnis seine gerechte Beurteilung finden“ — solange es eine solche Instanz nicht gibt, werden Schiedsverträge die Rechtsordnung der Welt sichern. Das Recht ist die Vorbedingung für alle Arbeit. Alle Arbeit beruht auf Recht, und somit ist das Recht auch Vorbedingung für jeglichen Wiederaufbau in Europa. Ich empfehle Ihnen den vorliegenden Vertrag als ein Dokument, das in eine friedliche Zukunft hineinweist. (Beifall.)

Dr. Schäding (DDP): Als Vorsitzender der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union habe ich den Auftrag, der Freude Ausdruck zu geben, die uns beim Abschluß dieses Vertrages erfüllt. Die interparlamentarische Union hat von Anfang an für die Schiedsgerichtsbarkeit in der ganzen Welt gearbeitet. Wilhelm II. wollte nichts von einer internationalen Organisation Europas wissen. Er rückte sich nur auf den Machtgedanken. Er sagte: „Ich lasse mich auf nichts ein. Ich lasse meine Souveränität nicht beschränken.“ Auch die Wissenschaft trübe zu sehr dem Hochgefühl. Man lehnte auch die Schiedsgerichtsverträge ab. Man meinte, der Abschluß eines solchen Vertrages mit der Schweiz verleihe dem Reich den Respekt der Schweiz vor dem großen Deutschen Reich. Im Jahre 1907 hat das Deutsche Reich nicht weniger als 17 Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen. Wir müßten den Kampf des Rechts gegen die Gewalt führen. Wir begrüßen den neuen Weg, der mit dem Vertrag eingeschlagen wurde. Der Vertrag gibt auch Schlichtungsmöglichkeiten für politische Streitigkeiten. Die ganze Kriegsbroschürenliteratur, deutsche Professoren sollte man verbrennen. (Beifall links.) Aber diese deutschen Professoren lernen ja nicht um. Im Gegenteil. In drei Fakultäten sind Männer, weil sie Professoren sind nicht zugelassen worden. (Lebhaftes Härt, Härt! links.) Das gilt zum Beispiel von einem Völkerrechtler und von einem Lehrer der romanischen Sprache. (Auch George irrt, wenn er glaubt, wir wollen unsere Jugend für den Revanchekrieg erziehen. (Sehr richtig! links.) Wir erziehen die Jugend im Rechtsgedanken. Die Solidarität der Völker macht Fortschritte. (Zuruf rechts: Oberlehrer!) Erinnern Sie sich an Napoleon. (Zuruf rechts: Ein Militarist!) Jawohl, ein Militarist. Aber am Ende seines Lebens gestand er, daß auf die Dauer der Gedanke härter ist als das Schwert. Wir wollen den Vertrag treulich halten. (Lebhaftes Beifall links.)

Dr. Traugott (SD.): Im Hinblick auf die ausgezeichneten Worte des Redneren will ich mich kurz fassen. Wir hoffen, daß der vorliegende Vertrag die einmütige Zustimmung des Reiches finden wird. Bei diesem Vertrage spielt kein Druck irgendeines Siegers mit. Freie Vereinbarung, nicht Zwang! Dazu eine Vereinbarung mit einem Lande, das schon den Weg der Völkerverständigung und Völkerverständigung beschritten hat. Wir haben den festen Glauben an eine höhere Form des Zusammenlebens der Völker. Bedenklich ist, daß zur selben Zeit, als dieser Vertrag geschlossen wurde, auch ein allgemeiner Schiedsgerichtshof entstanden ist. Wir begrüßen, daß dieser Vertrag eine Abhilfe bringt von jenem Geiste, der von einer friedlichen Lösung der Völkerverständigung nichts wissen will. Diese Schiedsverträge sind bedeutende Dokumente jenes unaufhaltsam fortschreitenden Geistes, der gegen den Krieg ist, und die Ausdehnung der Differenzen ohne Gewalt herbeiführen wird. (Auch die Sozialisten sind vergangen, seitdem die Sozialistenbewegung zum ersten Male für diesen neuen Geist ihre Stimme erhoben hat. Schon im Jahre 1865 schrieb der „Sozialdemokrat“, daß die Solidarität der Völker wichtiger werde, und in dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie wurde betont, daß die Sozialisten den Gedanken des Schiedsgerichts proklamieren und propagieren, und im neuen Göttinger Programm der Sozialdemokratie wird für den Völkerverbund, für den großen, wahren Völkerverbund geworben und gekämpft. Mit Stolz bekennen sich diese Sozialisten zu dem Geist jenes Mannes, der sich schon vor mehr als einem Jahrhundert zu dem Gedanken des Schiedsgerichtes und der Völkerverständigung bekannte. Emanuel Kant sprach das Folge und lächle Wort vom „ewigen Frieden“. Im Sinne mit diesem großen Deutschen begrüßt die Sozialdemokratie den vorliegenden deutsch-schweizerischen Schiedsgerichtsvertrag. (Beifall bei den SD.)

Dr. Kahl (DDP): Meine Freunde und ich begrüßen den vorliegenden Vertrag. Auch wir sind der Meinung, daß friedliche Mittel zur Beilegung der Völkerverständigung benutzt werden sollten. Aber wir haben nicht den Glauben, daß alle Streitigkeiten auf diese Weise aus der Welt geschafft werden können. Wir weisen diese Visionen der Pazifisten ab. Wir wollen keine Ubertreibung. Wenn Sie, Herr Schäding, fragen: Was ist denn jetzt Verfallenes gegeben, so rufe ich Ihnen zu: Oberlehrer ist gegeben. (Lebhaftes Zustimmung rechts.)

Schreiber (Z.): Wir betrachten den Vertrag als einen großen Gewinn für Deutschland. Wir unterscheiden bei dem Meinungsstreit über die Frage und die Zukunft des Völkerverbundes zwischen Idee und praktischer Anwendung. Gewiß hat auch uns das was in Geist bis jetzt gelehrt ist, enttäuscht. Das hindert uns aber nicht, zu betonen, daß die Idee des Völkerverbundes etwas Großes, Menschliches, Christliches ist.

Breitling (USP): Wir sind für den Vertrag, weil er das Verhältnis Deutschlands zu einem anderen Staat auf den Boden des Rechts stellt. Notwendig ist, daß der Geist derer, die durch den Vertrag gebunden sind, ein Stück des neuen Geistes ist. Auch der Abgeordnete Kahl betonte, er teile nicht die Visionen der Pazifisten. Was heißt „Pazifist“? Auch wir sind nicht in dem Sinne Pazifist, als ob wir eine völlige Scheitlung des Kampfes in der Welt übersehen würden. Wir betonen aber auch, daß der Kampf geführt werden soll mit den Mitteln des Rechts, nicht mit Gewalt, mit List und Tücke, mit der Zersetzung von

sicher und stichtiger Worte. Sollte Deutschland mit dem Gedanken der Schiedsgerichte und Schiedsverträge an der Spitze marschieren, so begrüßen wir das.

Friedrich (Komm.): Es ist eine Illusion, von solchen Verträgen den ewigen Frieden zu erhoffen. Zunächst hätte ein Vertrag mit Rußland geschlossen werden sollen.

Die Aussprache schließt. In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Dr. Schäding (DDP), er habe keineswegs gesagt, daß Deutschland seine Stellung in der Welt nur seinen Waffentaten verdanke. Vor dem Kriege sei im preussischen Landtag ein Sozialdemokrat zur Ordnung gerufen, als er erklärte, der Krieg sei ein Verbrechen gegen Gott und die Menschheit. (Hört, hört! links.)

Der Vertrag wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der österreichisch-deutsche Vertrag in Angelegenheiten der Kriegsschädigten und deren Hinterbliebenen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Aussprache zum

Reichsmietengesetz.

Baume (DDP) fragt abermals, warum der Reichsrat die Auffassung habe, daß das Gesetz die Verfassung ändere.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Das Reich hat die Befugnis, die Grundstücke des Wohnungsrechtes aufzulösen. Der Reichsrat war der Meinung, daß dieses Gesetz über das hinaus gehe, was man als Grundzüge bezeichnet. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung bekennt das.

Es folgen nun die Abstimmungen. Der Antrag Stresemann (DDP), den Absatz 3 des § 1 (Nachprüfung der Mietzinsen durch das Mietvertragsamt auf Verlangen der Gemeindebehörden) zu streichen, wird mit 169 Stimmen der Linken gegen 128 Stimmen der Rechten abgelehnt.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird der Absatz 4 des § 1, den der Ausschuss gestrichen hatte, wieder hergestellt. Das Mietvertragsamt soll also in Zukunft auch von Amts wegen eingreifen können. — Der § 1 wird in dieser Fassung angenommen.

Angenommen werden die Anträge Müller-Franken (SD), Marx (Z), Frau Dr. Säumer (DDP), Ledebour (USP), monach zur Schaffung von Mitteln für große Instandsetzungsarbeiten von den Mietern ein weiterer Zuschlag in einem Hundertsatz der Grundmiete zu zahlen ist, den die Oberlandesbehörde festsetzt. Dieser Zuschlag muß vom Vermieter auf ein Hauskonto eingezahlt werden. Will der Vermieter über das Hauskonto verfügen, so bedarf er der Zustimmung des Mieters. Wird die Zustimmung verweigert, so kann sie auf Antrag des Vermieters durch eine von der Oberlandesbehörde zu bestimmende Stelle erteilt werden. Die gleiche Behörde kann anordnen, daß die Mieter den Zuschlag nicht an den Vermieter, sondern unmittelbar auf das Hauskonto einzuzahlen haben. Ferner kann die Oberlandesbehörde anordnen, daß der Vermieter für nicht vermietete Räume sowie für Räume, für die nicht die gesetzliche Miete zu zahlen ist, den entsprechenden Betrag auf das Hauskonto einzuzahlen hat. Gemeinden und Gemeindeverbände können mit Zustimmung der Oberlandesbehörde einen Ausgleichsfonds einrichten, aus dem für große Instandsetzungsarbeiten, die mit dem Zuschlag nicht gedeckt werden können, Beihilfen gewährt werden.

Ebenso wird auch § 8 angenommen in der Form, daß die Gemeindebehörde berechtigt ist, die Arbeit selbst vornehmen zu lassen, wenn der Vermieter trotz Aufforderung eine notwendige Instandsetzungsarbeit nicht ausführt.

Dr. Kahl (DDP) beantragt die Streichung des § 16, der von der Mieterverordnung handelt.

Silberstein (SD) erklärt gegenüber dem Antrag Kahl (DDP), der Abgeordnete Gutknecht (DDP) und Benckler (USP), die gleichfalls für die Streichung des § 16 eintraten, es gehe heute nicht mehr an, daß der Hausherr nur ditiere. Werde der alte Absolutismus der Hausmiete wieder eingeführt, dann könne man etwas erleben, und Sie (nach rechts) werden dann recht wenig entzückt sein. (Unruhe rechts. Zuruf: Er drückt!)

Der Antrag Kahl (DDP) wird in Hammelsprung mit 151 gegen 122 Stimmen abgelehnt. Die Mieterverordnung bleibt also bestehen.

Im § 22 wird die Geldstrafe, die Vermietern im Falle falscher Angaben auferlegt wird, von 10 000 Mark auf 100 000 Mark erhöht. Das Gesetz wird am 1. Juli 1922 in Kraft treten.

Demit ist die zweite Lesung des Reichsmietengesetz erledigt. Die dritte Lesung erfolgt wahrscheinlich am Dienstag. Aufferhalb der Tagesordnung erhält das Wort an einer Erklärung: Dittmann (USP): Nach zuverlässigen Informationen ist die vom Reichsverkehrsminister erwähnte Verfügung, wonach die Rückbildungen aus Anlaß des Streiks nachgeprüft werden sollen, heute mittags um 12 Uhr noch nicht erschienen gewesen. (Hört, hört! links.)

Staatssekretär Siefert: Der Verkehrsminister hat diesen Erlass gestern mittags 12 Uhr, also ehe er vor diesem Hause zu sprechen hatte, erteilt und hat ihn noch gestern abend an die Direktoren erlassen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 2 Uhr. — Schluß 7 Uhr.

Effektenhauffe an der Börse.

Heute fanden am Berliner Devisenmarkt nur unbedeutende Umsätze statt. Der Dollar hielt sich auf 199 bis 200. Um so lebhafter ging es an der Effektenbörse zu. Die Nachricht, daß ein Londoner Konjunkturm an deutsche und tschechische Besitzer von Laurak Aktien ein Angebot von 50 Pfund Sterling für die 1200-Mark-Aktie gemacht habe, was einer Bewertung von mehr als 40 000 Mark entspricht, rief eine explosive Steigerung der oberhöchsten Werte hervor. Laurakaktie gewannen 500 Proz. Die übrigen oberhöchsten Werte stiegen durchweg um 100 bis 200 Proz. Diese Hauffe wirkte naturgemäß auf den gesamten Effektenmarkt zurück. Während man im vorigen Sommer den sogenannten Sach- oder Goldwert der Industriepapiere als Maßstab annahm, betrachtet man sie heute unter dem Gesichtspunkt, ob das Ausland für sie Interesse haben könnte.

Wirtschaftsbeihilfen und höhere Beamte.

Die gestern früh gemeldete Regelung der Wirtschaftsbeihilfen für Beamte hat in den Kreisen der höheren Beamten die härtesten grundsätzlichen Bedenken ausgelöst. Die Pressestelle des Reichsbundes der höheren Beamten läßt durch Wolffs Telegraphenbureau folgende Rundgebung verbreiten:

Bei den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen im Reichsfinanzministerium über die vom Reichstag beschlossenen Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten, die eine Übertragung der des Staatsarbeiters, unter Anlehnung an die Lohnverhältnisse der Privatindustrie, gewährten Uebererwerbungszuschüsse an die Beamten darstellen, hat der Reichsbund der höheren Beamten die härtesten grundsätzlichen Bedenken gegen eine solche Regelung geltend gemacht. Der Reichsbund steht in der Abseht, die Beamtenabteilung von den der wirtschaftlichen Konjunktur unterworfenen Arbeiterlohnverträgen abhängig zu machen, eine völlige Verkennung der besonderen Verhältnisse des Berufsbeamtenstandes und eine Gefährdung der dadurch bedingten Grundlagen der Beamtenabteilung. Jegliche Bedenken die Gewährung einer für alle Bevölkerungsgruppen gleichen Wirt-

schaftsbeihilfe, selbst wenn sie, wie diesmal, nur für einzelne Orte in Frage kommt, einen erneuten Schritt auf dem Wege zur Einbrechung der Gehälter und damit zur Beseitigung des Leistungsprinzips, an dessen Aufrechterhaltung Staat und Beamenschaft das gleiche Interesse haben.

Selbst auf die Gefahr hin, das Mißfallen der höheren Beamten zu erregen, müssen wir schon sagen, daß diese Kreise alle Ursache hätten, einwilligen hübsch still zu sein. Wenigstens so lange, bis ihre verhältnismäßige Bevorzugung bei den Steuerabzügen nicht mehr in so frischer Erinnerung ist. Ganz abgesehen davon, daß sie nicht nur nach Meinung der unteren und mittleren Beamten auch bei der letzten Gehaltsregelung recht gut abgeschnitten haben.

UGP. + RAO. = ?

Wie der „Vorwärts“ erfährt, steht der Eintritt der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie, der eigentlich schon während des Leipziger Parteitag der USP, erfolgen sollte, jetzt unmittelbar bevor. Bekanntlich waren im Juni 1920 nur zwei Kommunisten, Levi und Clara Zetkin, in der Reichstag gewählt worden. Ein linker Flügel der USP, unter Führung von Däumig und Genossen stand aber mit seinen Auffassungen ganz auf Seite der Kommunisten und führte auf dem Parteitag von Halle die Spaltung herbei, die der USP, das Rückgrat brach. Von da ab gab es im Reichstag 26 Kommunisten als Vertreter der „Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands“. Diese Vereinigung ging aber alsbald wieder in die Brüche, und die KPD, welche sich in die kommunistische Arbeitsgemeinschaft und die RPD, welche letztere nur 11 Mann besteht und damit die Fraktionsstärke wieder verlor. Und jetzt will die UGP, mit ihren 15 Mann wieder zur USP, stoßen. Dieses ganze Spiel von Vereinigung und Spaltung, Spaltung und Vereinigung, in dem sich nur noch ein Spezialist zurechtfindet, ist im Laufe von etwa fünf Vierteljahren aufgeführt worden.

Die Leute von der UGP, kehren zur USP, zurück, nachdem sie diese gespalten und ruiniert haben. Sie werden durch ihre Rückkehr das, was sie an dieser Partei gesündigt haben, nicht wieder gutmachen können, denn inzwischen hat sich der innere Zerfall der USP, weiter vollzogen, und sie selbst kommen bei ihrem Rückzug aus Rußland nur als Offiziere ohne Mannschaften zurück.

Nur äußerster Verlegenheit kann die USP, veranlassen, den Zerklümmerten ihrer Partei die Tore wieder aufzumachen. Die große sozialrevolutionäre Partei links von der Sozialdemokratie wird eben eine bloße Luftspielerei bleiben, wie die große kommunistische Partei eine gewesen ist. Denn in den Arbeitermassen legt sich nach soviel Enttäuschungen, die ihnen von der übertrudelten Linken bereitet worden sind, unüberwindlich die Erkenntnis durch, daß sie eine vernünftige Vertretung ihrer Interessen nur von der Sozialdemokratischen Partei zu erwarten haben.

Die Rückkehr der Leute, die ein Jahr lang Kommunisten gewesen sind, jetzt aber die Nase davon voll haben, zur USP, braucht nicht unbedingt eine Stärkung ihres linken Flügels zu bedeuten. Denn diese Heimkehrer haben zuerst erlebt und geschaut, als daß sie die Illusionen, mit denen sie ausgenutzt, heil hätten zurückbringen können. Hätten sie den Mut zu voller Aufrichtigkeit, so würden sie heute schon offen aussprechen, wie kühl und nüchtern sie über das Prinzipienlose Phrasengeflügel denken. Darum sind sie der USP, Pinken verdächtig, aber auch die Rechte steht ihr Kommen ohne Freude, weil sie in ihnen die Zerklümmerten ihrer Partei erblickt.

Trotzdem soll nun die trübe Wiederkehrerzeugung vollzogen werden. Man hat in häuslichen Streit Teller und Töpfe zertrümmert, hat sich voll Mut und Haß voneinander getrennt und kommt nun im urwüchsig gewordenen Hause wieder zusammen ohne Liebe und ohne Hoffnung.

Der Kampf um die Dauer der Schulzeit.

Das bebenklich hohe Durchschnittsalter der deutschen Abiturienten (19,6 Jahre) hatte bereits vor dem Weltkrieg zu einer eingehenden Prüfung der Frage geführt, wie eine Herabsetzung möglich zu machen sei. Es wurde z. B. an die Fernhaltung der Ungeeigneten aus den Gymnasien und Realanstalten und an eine Verminderung des Lehrstoffes gedacht. Beide Maßnahmen sollten die Verkürzung des Lehrganges von 9 auf 8 Jahre bewirken. Heute steht der Kampf um die acht- oder neunjährige Dauer des Lehrganges der vollausgebotenen höheren Schulen wieder im Mittelpunkt der Erörterungen.

Er wurde neubelebt durch die vielen erst jetzt klarwerdende Auswirkung des Grundschulgesetzes vom 28. April 1920, das für die Zukunft die Erfüllung der vierjährigen Grundschulspflicht zur fast ausnahmslosen Bedingung für den Eintritt in eine mittlere oder höhere Lehranstalt macht. Dadurch würde, wenn sonst nichts am bisherigen Zustande sich änderte, für die Orte und Gegenden, in denen Vorschulen bestanden, die gesamte Schulzeit für die Besucher höherer Lehranstalten von 12 auf 13 Jahre erhöht werden. Ueberall dort aber, wo es keine Vorschulen gab, z. B. in Sachsen, Bayern, auch in vielen Landesteilen Preußens, bliebe alles beim alten, da die Kinder auch bisher schon meist erst nach vierjährigem Volksschulbesuch in die Gymnasien usw. eintraten. Wertwüchsigerweise ergibt die Statistik, daß die Reifeprüfungen durchschnittlich überall zwischen dem 19. und 20. Lebensjahre ihr Ziel erreichen, gleichgültig, ob sie nach drei- oder vierjähriger Vorbereitung in die höhere Schule aufgenommen wurden.

Wichtiges Material in dieser Beziehung bietet das statistische Jahrbuch der preuß. Unterrichtsverwaltung. Darnach wurden am 1. 2. 20 die Kollanstalten mit 9stufigem Lehrgang von 220 946 Schülern besucht, und zwar saßen in den drei unteren Klassen 111 062, also mehr als die Hälfte, in den drei mittleren 75 106, in den drei oberen 34 778, in der Oberprima gar nur 7041, gleich 3,18 Proz. der Gesamtzahl. Zwei Drittel der höheren Schüler erreichten demnach überhaupt nicht die oberste Klasse 9. — Im Schuljahre 1919/20 legten 15 248 Abiturienten die Reifeprüfung ab. Von ihnen standen 5214 im normalen Alter, 5318 gelangten mit einem, 4716 gelangten mit 2 Jahren Verpätung ans Ziel; 65 Proz. von ihnen sind also mehr oder weniger überaltert.

Viele Zahlen sind in mehrfacher Beziehung lehrreich. Offenbar sind die höheren Schulen immer noch stark mit Zöglingen besetzt, die ihrer Fähigkeit und Veranlagung nach nicht hinein gehören. Die ungeeigneten Elemente aus ihnen fernzuhalten, wird eine dankbare Aufgabe der Grundschule sein, die da, wo die Zurückbleibenden in besonderen Förderschulen zusammengefaßt werden können, wenig Schwierigkeiten bereiten wird. Für die Uebergangszeit läßt auch für die höheren Schulen eine Gleichberechtigung nicht bloß nach der Begabungsrichtung, sondern auch nach der Begabungshöhe in Betracht. Der dann eintretende Ausfall an Schülermaterial müßte ausgeglichen werden durch die ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und soziale Stellung der Eltern erfolgende Aufnahme der Tüchtigsten aus allen Schichten des Vol-

tes, die es gilt, mit der bestmöglichen Vorbildung in die leitenden und verantwortungsvollen Stellen im öffentlichen Leben hineinzubringen. So kann der Gegensatz zwischen Besitzenden und deshalb Gebildeten und Begünstigten einerseits und Besitzlosen und daher weniger Gebildeten und Zurückgebliebenen andererseits gemildert werden. — Ein Erfolg, der ebenso hoch zu veranschlagt ist, wie die Anbahnung des sozialen Ausgleichs durch gemeinsame Beschulung.

Die Bestirmtungen einer nur dreijährigen Grundschule führen gegen deren vierjährige Dauer an, daß die Verlängerung der Schulzeit um ein Jahr einen schweren volkswirtschaftlichen Nachteil mit sich brächte. Dabei wird übersehen, daß die Durchführung des Grundschulgesetzes nur für einen Teil der Bevölkerung eine Veränderung mit sich bringt. Außerdem erscheint der volkswirtschaftliche Verlust übertrieben dargestellt. Ihm steht der gewaltige ideelle und ökonomische Gewinn gegenüber, den es bedeutet, wenn für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule seine Anlagen und Neigungen, und nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis der Eltern maßgebend sind.

Muß denn aber der Lehrgang der höheren Schule neunjährig sein? Zunächst ist festzustellen, daß es in keinem Kulturstaat der Welt neunjährige höhere Schulen gibt. Dieser Aufbau ist erst in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durchgeführt worden; Bayern hat sich gegen ihn lange, aber schließlich vergeblich gewehrt. Steht nun die Bildung in Deutschland sozial höher als in anderen Ländern? Hat etwa die Kultur Deutschlands im vorigen und vorvorigen Jahrhundert der modernen nachgestanden? Ist nicht gerade in der letzten Zeit von Seiten der Hochschullehrer darüber geklagt worden, daß ein erheblicher Teil der Studenten weder die Anlagen noch die tiefere Ausbildung mitbringt, die für wissenschaftliche Studien notwendig seien? Wir messen die Bildung viel zu sehr nach der Länge des Bildungsweges, die bedeutende Kenner des gelehrten Unterrichts heftig bekämpft haben. Ein Sinken der Bildungshöhe durch die Verkürzung des Bildungsweges ist kaum zu befürchten, wenn durch die Neuordnung des höheren Schulwesens nicht bloß die Ungeeigneten ferngehalten werden, sondern das Stoffprinzip durch den Grundsatz des selbständigen Erarbeitens ersetzt und statt auf die Quantität mehr auf die Qualität des Bildungsgutes gesehen wird. Schließlich ist zu bedenken, daß eine Verlängerung der Schulzeit zur späteren Erlangung einer Lebensstellung und damit auch zur verspäteten Gründung eines eigenen Haushaltes führt. Auch besteht jedes Gehirne nur ein begrenztes Fassungsvermögen. Wird es mit Schulwissen überladen und bei dessen Erarbeitung überanstrengt, so ist es für die wichtigste Zeit des Lebens nach der Schule weniger aufnahme- und leistungsfähig, eine Tatsache, die zu einer wohlvermerkten Einschränkung des Schulwissens führen sollte. So können also vom Standpunkt der Eltern und der Schulreformer, der Volkswirtschaftler und Ärzte eine Menge von Gründen für den achtjährigen Lehrgang der höheren Schulen angeführt werden. Interessanten seien hingewiesen auf die empfehlenswerten Sammlung von Aufsätzen „Der Kampf um die Schuldauer“ (Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter Berlin-Leipzig 1921) in der die vorstehenden und ähnliche Gedanken von verschiedenen Standpunkten aus abgehandelt werden.

Ob sie allein ausschlaggebend sein würden, um eine Reform in vorstehend gekennzeichnetem Sinne herbeizuführen, darf fraglich erscheinen. Die ungeheure Geldnot der Länder und Gemeinden wird sie aber erzwingen und so ein neues Beispiel für die merkwürdige Erscheinung erbringen, daß wesentliche kulturpolitische Fortschritte nicht nur in den Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs, sondern auch in der Zeit der schwersten Not und Verdrückung möglich sind.

Calonder über Oberschlesien.

Genf, 15. Februar.

Die Rede des Präsidenten Calonder bei der gestrigen Eröffnung der deutsch-polnischen Verhandlungen, die nunmehr im Vorklart vorliegt, ist vor allem von dem Gedanken beherrscht, daß möglichst eine direkte und völlige Einigung zwischen beiden Parteien zu erzielen sei unter Vermeidung des sonst notwendigen Entschlusses des Präsidenten. Eine solche vollständige Einigung hält Calonder auf Grund seiner Erfahrungen in Oberschlesien für möglich. Er will dabei ganz von den juristischen Fragen absehen und nicht den Auseinandersetzungen vorgreifen, die über den Sinn dieser oder jener Bestimmung in der Entscheidung der Botschafterkonferenz entstehen können. Er betrachtet das Problem unter dem Gesichtspunkte der praktischen Interessen beider Staaten, und da habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß zwischen den beiden Ländern keine Interessengegenstände bestehen, die so groß seien, um eine Einigung unmöglich zu machen. Im Gegenteil, wenn beide Regierungen durch das Abkommen das Wohlergehen der ober-schlesischen Bevölkerung auf der Grundlage des Friedens und der Gerechtigkeit sichern wollten, dann seien die gemeinsamen Interessen so groß und die einzelnen Gegenstände so bedeutungslos, daß sich eine vollständige Uebereinstimmung ergeben müßte. Die völlige Einigung, führt Calonder weiter aus, sei nicht nur im Interesse der ober-schlesischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der künftigen deutsch-polnischen Beziehungen wünschenswert, denn durch das Abkommen sei eine neue Ära eröffnet.

Er sagte weiter: Es wäre ein gewaltiger moralischer Gewinn und eine große Ermutigung für alle Beteiligten, wenn das Abkommen zu einer ersten Rundgebung des Friedensgeistes, der Versöhnung und gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschland und Polen werden könnte.

Wie weiter gemeldet wird, schlossen sich die deutschen und polnischen Bevollmächtigten den Wünschen des Präsidenten Calonder an. Reichsminister a. D. Schiffer dankte dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern vom Völkerbundsekretariat und vom Internationalen Arbeitsamt für ihre Tätigkeit in Oberschlesien. Er erklärte sich mit den moralischen Grundlagen der Verhandlungen, die Calonder skizzierte hatte, einverstanden aber wichtige Fragen seien noch zu regeln. Die deutsche Regierung werde jedenfalls alles tun, was in ihrer Kraft stehe, um zu einer Einigung zu gelangen zum Wohle Oberschlesiens und innerhalb der durch die materiellen und ideellen Lebensinteressen des deutschen Volkes gezogenen Grenzen. Aber es dürfe bei den Verhandlungen niemals vergessen werden, daß es sich in Oberschlesien auch um die Beziehungen zwischen beiden Nationen handle.

Der polnische Bevollmächtigte Olszowski wies seinerseits darauf hin, daß noch wichtige Fragen zu erledigen seien und erklärte, daß die Beruhigung der Geister in Oberschlesien die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Polen anbahnen werde.

Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat.

Berlin, 15. Februar.

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 1. Februar 1922 den zur Ausführung von § 70 des Betriebsratsgesetzes vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Nach dem Gesetz sind die Betriebsräte berechtigt, in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit ein oder zwei Betriebsratsmitglieder zu entsenden, und zwar zwei Mitglieder dort, wo Arbeiter und Angestellte in dem Betriebsrat oder den Betriebsräten des Unternehmens vertreten sind, oder wo der Aufsichtsrat des Unternehmens nach dem Gesellschaftsvertrag mehr als drei Mitglieder zählt, sonst ein Mitglied. Die von den Betriebsräten entsandenen Mitglieder haben die gleichen Rechten und Pflichten wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder. Sie werden von den Mitgliedern des zum Unternehmen gehörenden Betriebsrates oder der zugehörigen Betriebsräte gewählt. Wo zwei Mitglieder zu wählen sind, kann die in der Minderheit befindliche Gruppe der wahlberechtigten Arbeitnehmer also je nach Lage des Falles die Arbeiter oder die Angestellten die Wahl eines Vertreters ihrer Gruppe beschließen und sich auf diese Weise vor einer Abstimmung über einstimmig durch die Angehörigen der anderen Gruppe sichern. Das Nähere über das Wahlverfahren, das binnen drei Monaten einzuleiten ist, bestimmt der Reichsarbeitsminister. Die Wahlordnung wird demnächst veröffentlicht werden. Vor der Veröffentlichung kann daher die Entsendung nicht stattfinden.

Um, den Wünschen derjenigen Arbeiter Rechnung zu tragen, die in den zur Zeit mit aegleichen Aufsichtsräten nicht ausgestatteten bergrechtlichen Gesellschaften beschäftigt sind, hat der Reichstag durch eine gleichzeitige angenommene Entschließung die Reichsregierung um die Vorlage eines Gesetzes erucht, das den Bergarbeitern eine im Sinne des Betriebsratsgesetzes gelegene Vertretung bei den bergrechtlichen Gewerkschaften gewährleistet.

Unwirksame Mittel.

Von Dr. Max Quard - Frankfurt a. Main.

(Ein finanzielles Nachwort zum Eisenbahnerstreik.)

Im deutschen Volke beginnt eine gefährliche Stimmung Platz zu greifen. In den Straßengesprächen, bei den Geschäften, ja bis ins Parlament hinauf hört man immer wieder auf die sorgenvolle Frage, wie es mit unseren inneren deutschen Finanzen und dem Kaufwert der deutschen Mark werden solle, die fatalistische Antwort: „Es wird sicher bei uns werden wie in Oesterreich. Die Preise werden immer weiter klettern und das deutsche Papiergeld schließlich kaum mehr etwas wert sein.“ Ob man wohl bei solchen Aeußerungen überlegt, was sie eigentlich heißen? Die große Mehrzahl glaubt, mit der Entwertung unserer Papiergeldes müßten Einnahmen und Ausgaben für jeden einzelnen schließlich automatisch steigen. Alles werde sich einfach nur in höheren Ziffern ausdrücken. Nichts irriger und verhängnisvoller als diese Meinung.

Sie übersieht vor allem eins. Die Anpassung der Löhne und Gehälter einerseits und diejenige der Unternehmerrgewinne andererseits an den fortwährend sinkenden Wert des deutschen Geldes vollzieht sich nach ganz verschiedenen Gesetzen. Die Unternehmer können ihre Gewinne um so willkürlicher und ungehinderter steigern, je weiter die Spannung zwischen dem sinkenden deutschen Geldwert und den Weltmarktpreisen wird. Eine bekannte Tatsache ist außerdem, daß die Preiszuschläge immer höher genommen zu werden pflegen, als sie die wirtschaftlichen Tatsachen genau genommen erfordern. Da ferner durch den Unterschied des ausländischen und inländischen Geldwertes ein ganz ungeheurer Export deutscher Waren erzeugt wird, so werden weiter die deutschen Inlandspreise immer mehr durch die hohen Auslandspreise bestimmt, wobei das laufende Publikum in Deutschland zwei Riesennachteile hat. Erstens hat es nur Geld zum Kaufen in der Hand, dessen Wert fortwährend sinkt. Zweitens ist seine Lebenshaltung deshalb viel schlechter, als diejenige der Schichten mit gleichem Einkommen im Ausland, wo die Preise vieler Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht entfernt in demselben Maße sich gegen den Friedenspreis vervielfältigt haben. Schließlich steht die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege, wie unser neues Gärtner Parteiprogramm ganz richtig hervorhebt, viel stärker unter der Herrschaft kapitalistischer Monopole, die die Macht haben, selbst ohne jeden wirtschaftlichen Grund und im Geolge bloßer Spekulationen fortgesetzte Preissteigerungen zu diktiert.

In viel schlimmerer Lage sind gegenüber dieser Uebermacht der Unternehmer auf dem Perismarkte die Lohn- und Gehaltsempfänger. Schon der Zeit nach können sie den Preisprüngen, welche die kapitalistische Gewinn-spekulation hervorruft, gar nicht folgen. Man kann nicht alle vier Wochen Lohnkämpfe führen. Und den Generalstreik vollenden kann man nur bei ganz besonderen Gelegenheiten und für große, fortwährende Ziele einsehen. So hint diese Schicht schon aus rein äußerlichen Gründen immer der Preissteigerung weit nach. Wie man ganz richtig gesagt hat, ist schon die bloße Bezahlung mit dem fortwährend sinkenden deutschen Notgeld eine Art indirekter Besteuerung aller Lohn- und Gehaltsempfänger. Von den kleinen und mittleren Pensions- und Rentenempfängern, die gar nicht mehr mitleiden, soll gar nicht weiter geredet werden, obgleich die Arbeiterbewegung allen Grund hätte, diese Unglücklichen zu gewinnen und für ihre Ziele einzusetzen zu können. So kommt es, daß die deutschen Arbeiter und Angestellten wie verrückt für den Export schaffen und dabei zu Hause sich fortgesetzt mehr einschränken müssen. Ferner läßt sie ihre Zer-splitterung in verschiedene gewerkschaftliche und politische Gruppen zu keiner wirksamen Vereinigung gegen die wirtschaftliche und politische Uebermacht der Preistreiber kommen. Der Preistreiber müssen nämlich auch sehr viele politische Machtstellungen und Einflüsse der Kapitalisten dienen, mehr als sich mancher Mann aus dem Volke träumen läßt.

Die fürchterlichen Reparationsverpflichtungen Deutschlands gegenüber der Entente verstärken natürlich jene Lage außerordentlich. Aber die deutsche Kapitalistenklasse stellt die Wirkungen des Versailles Zwangsvertrages begreiflicherweise ganz einseitig in den Vordergrund, um die Aufmerk-

samkeit von den inneren Gründen der verfahrenen Lage abzulenken. Umgekehrt haben die Lohn- und Gehaltsempfänger das stärkste Interesse daran, zu erkennen und die Erkenntnis davon zu verbreiten, daß die Preissteigerung ohne Ende auch deshalb so unverantwortlich weiter gedreht werden kann, weil die soziale Machtfrage im inneren Deutschland zugunsten der Unternehmer sehr wesentlich misspricht. Die Masse der deutschen Arbeiter und Angestellten benutzt bisher im Kampfe gegen die fürchterliche Preissteigerung viel zu einseitig nur die Waffe der Lohnbewegung und hat sich bis heute trotz aller bitteren Erfahrungen noch nicht einigen können auf ein durchschlagendes und fortwährendes politisches Finanzprogramm, wenn auch nur für die Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufes. Ich höre schon die Entgegnung, daß es eben ein solches Programm nicht geben könne, als wir durch die ungemessenen Reparationsleistungen an unsere Kriegsgegner bedroht seien. Das ist aber schon deshalb unrichtig, weil die gegenwärtige deutsche Regierung in ihrer neuesten Note an die Reparationskommission vom 28. Januar selbst ein solches Programm unter Absatz 1, 3 aufzustellen sucht. Freilich tut sie es mit völlig unzureichenden Mitteln, denen man anmerkt, wie sehr sie beeinflusst sind durch die starke finanzpolitische Machtstellung der Unternehmerklasse in der inneren deutschen Politik. Außerdem haben uns die wohlwollenden Berater des Auslandes seit zwei Jahren ununterbrochen gemahnt, unsere innere Finanzlage durch wirksame Mittel in Ordnung zu bringen, als es wahnwitzige Tariffsteigerungen bei Post und Eisenbahn oder die Verteuerung der Kohlen und des gesamten Warenmarktes sind. Nebenbei bemerkt, erscheint die Haltung des großen Publikums in dem eben besprochenen Eisenbahnerstreik gegenüber der Absperrung des großen Verkehrs auch deshalb eine gleichgültige gewesen zu sein, weil man sich vielfach sagte, daß man an dem Funktionieren einer Einrichtung weniger interessiert sei, weil man ungemessene Gebühren für die Benutzung derselben entrichten müsse. Kurz gesagt: Gewerkschaften und Arbeiterparteien müssen sich dazu entschließen, zunächst einmal vielmehr die Sanierung der inneren deutschen Finanzen als politische Machtfrage aufzufassen und danach zu behandeln. Das heißt, sie müßten sich auf ein innenpolitisches Finanzprogramm einigen, das viel tiefer in die soziale Machtstellung der Unternehmer einschneidet und nicht davor zurückschreckt, zur wirklichen Ausbalancierung zunächst unseres Reichsetats und zur erhöhten Tilgung unserer inneren Schuld, nicht zu Reparationszwecken, glatt und offen einem erheblichen Teil jener ganz unverhältnismäßigen Vermögensvorteile heranzuziehen, welche die deutsche Unternehmerklasse aus der oben geschilderten Sachlage gewinnt. Ob dies geschieht durch eine einmalige große Vermögensabgabe, oder durch Umgestaltung des Erbrechts des Reiches usw., das könnte die von den beiden sozialistischen Parteien und von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden eingeschlagene Steuerkommission, die ohnedies allen Anlaß hätte, fortzuarbeiten, in schleunigen Beratungen feststellen. Hauptache bleibt, ob man mit unwirksamen Mitteln, wie wilden Eisenbahnerstreiks, unendlich mannigfaltigen und doch unwirksamen Steuerplacereien, deren Last das Reich vielfach in seinen eigenen Ausgaben für Löhne, Gehälter und Materialien wieder tragen muß, oder nicht vielmehr durch einen Eingriff in die verkehrte Einkommensverteilung vorgehen will, die bei der unsozialen Exportwirtschaft herauskommt.

Mit einem einzigen Sprung wird die finanzpolitische Wendung nicht zu erzielen sein. Aber mit ernster, grundsätzlicher Ueberlegung und geduldiger einheitlicher Propaganda für ein solches Aktionsprogramm in den Gewerkschaften und bei den sozialistischen Parteien! Sie wäre auch das beste Gegenmittel gegen alle gewerkschaftlichen und politischen Dummheiten, die von den Massen in unklarer Verzweiflung gemacht werden. Man müßte sehr gering von unserer neu gewonnenen Demokratie denken, wenn die deutsche Arbeiterschaft in ihr nicht das Mittel fände, überlegter und wirksamer als durch Lohnbewegungen, die immer zu spät kommen und dabei viele Töpfe zerbrechen, wirtschaftliche und politische Aktionen zu verbinden und auf weitere Sicht gründlicher Abhilfe vorzubereiten.

Volkswirtschaft.

Viehmärkte.

Kinder- und Schaumarkt.

Hamburg, 16. Februar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein. Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird mitgeteilt: Es wurde gezahlt für 50 kg. Lebendgewicht: I. Qualität Ochsen und Oulen 1400—1500 Mk., II. Qualität 1200—1350 Mk., III. Qualität 1000—1150 Mk., IV. Qualität 750—950 Mk., I. Qualität Bullen 1300—1400 Mk., II. Qualität 1100—1200 Mk., III. Qualität 950—1055 Mk., IV. Qualität 800—900 Mk., Vollfleischlage und fetter Rüb bis 5 Jahr alt 1300—1400 Mk., ältere fetter Rüb 1100—1250 Mk., mäßig genährte 850—1000 Mk., gering genährte 700—700 Mk., I. Qualität Sattelmastschafe 1050 bis 1150 Mk., II. Qualität 800—1000 Mk., III. Qualität 600—700 Mk., I. Qualität Weidemastschafe — bis — Mk., Zufuhr 2391 Rinder (hierunter 618 Ochsen, 259 Oulen, 646 Bullen, 868 Rüb) und 1025 Schafe. Der Handel mit Rindern verlief rege. Mit Schafen bei reichlichem Angebot langsam.

Devisen-Kurse.

Berlin, 16. Februar.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		16. Febr.	15. Febr.
Amsterdam	100 fl.	7482.50	7482.50
Briissel (Antwerpen)	100 Frs.	1658.30	1658.30
Kristiania	100 Kr.	3374.10	3344.15
Kopenhagen	100 Kr.	4168.80	4130.85
Stockholm	100 Kr.	5294.70	5244.75
Helsingfors	100 finn. Mk.	4 0.55	397.10
Rom	100 Lire	971.50	977.50
London	1 £	875.60	874.10
New York	1 Doil.	200.54	199.80
Paris	100 Frs.	1738.25	1733.25
Zürich	100 Frs.	3921.05	3901.05
Madrid	100 Pesetas	3186.80	3151.80
Wien	100 K.	5.78	5.84
Budapest	100 K.	80.76	80.88
Prag	100 K.	—	378.10

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber für Freitakt Lübeck und Revuektion Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interaktion Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., Kilmann in Berlin.

Ata

Henkel's Scheuerpulver

putzt
reinigt
Alles!



Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Ofen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.

Preis das Paket Mk. 1.50 (18190)

Sie kaufen noch billig bei
Schuh-Buchholtz
Schmiedauer Allee 4, Gr. Burgstr. 36
s. B. Konfirmationsstiefel, Knaben 36-39, von 150 Mk. an,
Konfirmationsstiefel, Mädchen 36-42, von 175 Mk. an. (18167)
- Beachten Sie meine Feinherstellung -

Wir bieten an:

Kleiderbarchent . . . m	19 ⁰⁰
Barchent, einfarbig . . . m	16 ⁰⁰
Blusenstoffe . . . m 42.50,	28 ⁰⁰
Kleiderschotten m 32.00,	28 ⁰⁰
Kleiderdradis . . . m 19.50,	11 ⁰⁰
Normalhemden op. Brust	69 ⁰⁰
Normalhosen	52 ⁰⁰
Prinzeßanterröcke	139 ⁰⁰
Untertalica	16 ⁰⁰
Wolle, schwarz u. grau, Lage	18 ⁰⁰
Nessel, extra schwere Qualität, Bemerkung in hervorragenden Qualitäten. (18145)	

Fertige Bettbezüge, prima Swei-satin, sehr preiswert.

Walter Griephan & Co.
Lübeck, Hüxstraße 74.

Elmer sage es dem andern!
Stand 9. Markthalle Stand 9.
Zu sehen noch die beliebtesten jungen feinen
Schneebäcker und Schokoladen ohne Aussehen.
(18178) Täglich vorrätig.
Westphal & Nehlsen.

Ihre Geschäftsräume befinden sich jetzt
Fischstr. 21.
Puls & Probst,
Kordische Maschinen- u. Werkzeug-
Centrale. Fernruf 8807.
(Bisher Dorothienstr. 25.)
18185

Zentral-Hallen
Sonntag, 18. Februar:
Gr. Volksmaskerade
Anfang 5 Uhr.
Maskenzug 8 Uhr.
Eintritt 7. - Mk. (ohne Steuer).
Für Nichtmaskierte Kappenzwang.

3 Tage Rennen

können Sie, es wird Ihnen keine größere u. billigere Auswahl in Leder-Ausschnitten, Gummi-Sohlen und -Absätzen, sowie Schuhmacher-Bedarfsartikel geboten wie

Hüxtsr. 50 Robert Jentzen

Leder- u. Schuhbedarfsartikel. Reform-Schuhreparatur u. Stepperel mit Reparatur-Wartezimmer.
Telephon 2873. (18171a)

Für Geburtstags- und Verlobungs-Geschenke eignen sich unsere in verschiedensten Preislagen vorrätigen Briefkassetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumen-Briefkarten mit Umschlägen, Notizbüchlein in Wattpapier, Umschlag, Visitenkarten und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Stadthallen

Lichtspiele.

Die verbüffende Neuheit kinematographischer Darbietung

Die Zauberpuppe.

Die Sensation des Jahrhunderts!
„Klub der Entgleisten“
Lord Percys erstes Abenteuer, nach Motiven des Buches „Royal-Klub“ von R. P. Grolier.
Ans der Friedrich Zeimk-Sonderklasse.
Anßerdem:
„Gießblumen“
Großes Drama in 6 Akten.
18154

Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften

fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Friedrichshof.

(18170)
Am Sonnabend, dem 18. Februar:
Große Volks-Maskerade.
Anfang 7 Uhr. Maskenzug 8 1/2 Uhr.
Eintritt 7. - Mk. ohne Steuer.
Für Nichtmaskierte Kappenzwang.

Achtung! Jeden Sonnabend: Achtung!
Unterhaltung mit Tanzfränzchen in
Margarethen-Burg,
wogu freundlichst einladet H. Laudan. (18174)

Waisenhof

Jeden Freitag (18183) und Sonntag:
Tanz.

Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 19. Februar:
Sr. humor. Backbiersfest
unter Leitung (18197)
„Des sanften Heinrichs“.
Anfang 7 Uhr. Eintritt frei.

Zentralhallen.

Morgen Sonnabend: (18202)
Großer Ball.

Pa. fettes
Fohlenfleisch
A. Steinert,
Rohschlachtere (18207)
Marlesstraße 27.

Carl Möller,
Wickedostr. 44. Tel. 2336.
Frisch Gehacktes 12. - Mk.
Beefsteak-Pack . 18. -
Pa. Quersfleisch 16. -
Schweinefleisch . 22. -
Kartoffel . . . 24. -
Kaltfleisch . . . 12. -
Dammfleisch . 15. -
Pa. Rindertalg . 18. -
la. ger. Mettwurst (18182) 18. - u. 30. -
Bel. Mettwurst 22. -
Leberwurst 18 u. 28. -

Rheuma, Gicht, Ischias, Gliederreissen, Neuralgie (Nervenschmerzen),
Rückenlos te le ich gerne mit, wie tausende Patienten durch ein einfaches Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden.
Krankenschwester Agnes Wiecobaden D 119.

Das bekannt recile Einkaufshaus

für Arbeiter und jeden Beruf.
Wir sind billig.

Sehr starke Schuhwaren.

1 Posten starke Schattstiefel 275. -
1 Posten starke Arbeitstiefel 245. -
1 Post. Konfirm.-Stiefel 36-39 195. -
Starke Kinderstiefel in Größen 18-20, 22-24, 25-30, 21-35

Eleg. Damenstiefel, Herrenstiefel usw.

1 Posten mod. Herrenanzüge 275. - 595. - 795. - 1200. -
1 Posten starke Manchesterhosen 225. -
1 Posten Manchesterjoppen 495. -
Manchester-Knabenanzüge (18209) von 275. - an
Starke felbgraue Hosen 175. -
1 Posten Gummimäntel, mod. Form, gute Qualität, 645. -
Blone Konfirmationsanzüge 485. -
tadellos, mod. modern.

Ehlers & Reetwisch

Holtentor 1. St. Werr 2 u. 4.
Schle Kostüme :: Mäntel
fertige Konfirmationskleider.
Keinen - Aussteuer - Wetten.
Bekannt strenge recile Qualitäten!

Konsum-Berein

für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung

für die Mitglieder der Warenabgabestellen 1 Königstr., 10 (Pa. Lohberg) u. 26 (Fischergrube)
am Freitag, dem 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des **Gewerkschaftshauses,** Johannisstraße.
Tagesordnung:
I. a) Geschäftsbericht.
b) Verlegung des Geschäftsjahres.
c) Erhöhung des Geschäftsanteils.
d) Eigene Bäckerei.
II. Bericht des Genossenschaftsrats.
III. Ergänzungswahl desselben. (18189)
IV. Genossenschaftliches.

Wegen der wichtigen Tagesordnung bitten wir am recht zahlreichen Besuch. - Versammlungsprotokoll ist beigezt.
Der Vorstand.
KARL LAHRTZ, Böncher-Dick, Ochsenfleisch 14. Mk.
Dief. Brotentwürde 14. Mk.
Beefsteak, Röllfleisch 21. Mk.
rett. Schweinefleisch 21. Mk.
Rücken, Nacken . 23. Mk.
Er. Kalbfleisch . . 12. Mk.
Speisefett . . . 26. Mk.
Bestes w. Schmalz 30. Mk. (18188)

Volkshochschule

Sonnabend, 18. Febr. abends 8 Uhr (18196)
in der Aula des **Lehrerseminars:**
Vortrag
des Mittelschullehrers **Paul Hintze: Klaus Groths Lyrik und Volkstendenz.**
Eintritt für Hörer frei; Nicht Hörer 1 Mk.

Preisskat

am Sonntag, d. 18. Febr. nachm. 4 Uhr (18206)
Polierkrug.

Preis-Stat

am Sonnabend, 18. Februar abends 7 Uhr (18200)
Rest. Johs. JürB, Engelsgrube 59.

Preis-Skat

am Sonnabend, dem 18. Febr., abends 8 Uhr im Restaurant „Krahnenest“, Krähnenstraße 29. (18177) Peter Mehl.

Hansatheater.

Deute Freitag 8 Uhr:
Einmaliges Gaudepiel des berühmten **Petz-Kreier-Balletts.**
Sonnabend u. Sonntag (18186) 7 1/2 Uhr:
Er und seine Schwester.
Montag, 7 1/2 Uhr:
Hohheit tanzt Walzer.

Stadttheater Lübeck

Freitag, 17. Februar, 7.30 **Garmen.**
26. Ab.-Vorst. B. Sch. B.
Sonnabend, 18. Febr., 7.30 **Bohème.** (A. Wagner-Ab.)
Sonntag, 19. Febr., 2 U. 12. Vorst. f. d. Arb.-Bildungsverein
Tanzhäuser. (18189)
Kant. a. d. Theaterkasse. 7.30 Uhr: **Garmen.**
Montag, 20. Febr., 7.30 **14. Volkst. Konzert.** Karten an der Theaterkasse.

Halb. Holenträger
Herrenmäntel
Krawatten
18172 in großer Auswahl.
Papier-Wäsche
(Kreuzfäden) Fabrikpr.
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Freistaat Lübeck.

Freitag 17. Februar.

Achtung Betriebsräte, Betriebsobmänner!

Neuwahl der Betriebsräte.

In einer Sitzung am 15. Februar hat der Vollzugsrat beschlossen, die diesjährigen Neuwahlen der Betriebsräte für das Wirtschaftsgebiet Lübeck, wie im vergangenen Jahre, für alle Betriebe an einem Tage vornehmen zu lassen.

Wahltag ist der 23. März.

Auf Grund des § 23 des B.-A.-G. hat der Betriebs-Rat spätestens 4 Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit den Wahlvorstand zu bestellen.

Äußerster Termin für die Bestellung des Wahlvorstandes ist der

23. Februar.

Bis zu diesem Tage muß der Wahlvorstand bestimmt sein. Die Wahl ist durch den Wahlvorstand lobann unperzöglich einzuleiten. Die Einleitung der Wahl beginnt mit dem Aushang des Wahlauschreibens.

Das Wahlauschreiben hat auf Grund des § 3 der Wahlordnung der Wahlvorstand spätestens 200 Tage vor dem letzten Tage der Stimmabgabe zu erlassen.

Spätestens am 2. März ist aber das Wahlauschreiben auszuhängen.

Bis spätestens 1 Woche nach dem 1. Tage des Aushanges des Wahlauschreibens sind beim Wahlvorstand die Vorschlagslisten einzulegen.

Äußerster Termin zur Abgabe einer Vorschlagsliste ist also

Donnerstag, der 9. März.

Wir bitten die Betriebsräte und Betriebs-Obleute, dem Beschluß des Vollzugsrates nachzukommen. Die Kosten für die Wahl hat der Arbeitgeber zu tragen. Wahlauschreiben, Vorschlagslisten und eir alle Bestimmungen des Wahlverfahrens deutlich und verständlich erläuterndes Flugblatt sind gegen Erstattung der Selbstkosten im Gewerkschaftssekretariat, Johannisstraße 48, parterre, zu haben. Hier wird auch jede gewünschte Auskunft erteilt.

Die Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und Ufa.

J. A.: Dreger.

Abmusterung in Amerika.

Ein interessanter Rechtsstreit aus dem Gebiete des Seemannsgewerbes hat unlängst das Reichsgericht beschäftigt. Der Schiffsoffizier A. und der Seemannsdiener S. waren vor dem Kriege von der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Hamburg für Reisen „nach Nordamerika weiter und zurück“ angemustert. Ihre letzte Ausreise erfolgte von Hamburg aus. Nach Ausbruch des Weltkrieges verkaufte die Gesellschaft die betreffenden Schiffe und musterte die Kläger in Neuyork ab, und war den A. im November 1914, den S. im Juli 1915. Die Reederei zahlte jedem 65 Dollar Reisegehalt für die Rückreise nach Hamburg und für einige Monate eine Unterstützung von wöchentlich 10 1/2 Dollar. Die Schiffsleute behaupteten nunmehr, daß ihre Rückreise von Neuyork nach Hamburg erst im Herbst 1919 möglich gewesen sei und daß sie in Amerika als deutsche Staatsangehörige keine Arbeit hätten

finden können. Sie verlangten deshalb mittels Klage auf Grund der deutschen Seemannsordnung Gewährung freier Rückreise von Neuyork nach Hamburg zu dem Fahrpreise vom Herbst 1919 sowie Entschädigung für den Unterhalt während ihres unfreiwilligen Aufenthalts in Amerika.

Das Landgericht Hamburg erkannte auf Abweisung der Klage. Dagegen hat das Hanseatische Oberlandesgericht den Anspruch der Kläger „auf Ertrag der Rückreisefkosten von Neuyork nach Hamburg und auf Ertrag der Beträge, die sie in den Jahren 1915 bis 1919 für ihren Lebensunterhalt in Amerika haben aufwenden müssen“ dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Die von der beklagten Gesellschaft gegen dieses Urteil eingeleitete Revision ist ohne Erfolg geblieben und vom Reichsgericht zurückgewiesen worden. Im wesentlichen aus folgenden Entscheidungsgründen:

Es fragt sich nur, ob gemäß §§ 69-72, 78, 83 der Seemannsordnung nur die Kosten der eigentlichen Rückfahrt oder auch die Kosten des Aufenthalts der Kläger im Auslande von ihrer Abmusterung bis zum Beginn der Rückfahrt zu dem Anspruch auf „entsprechende Vergütung“ gehören. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, nach der Seemannsordnung sei der ohne sein Verschulden entlassene Seemann auf Kosten der Reederei zum Ausreisehafen zurückzuführen und bis dahin von ihr zu unterhalten. Der Zweck dieser Bestimmung sei, zu verhüten, daß ein entlassener Schiffsmann durch ein unfreiwilliges Verbleiben an einem ihm fremden Orte in Not gerate. Wenn die Möglichkeit, daß die Beflagte ihrer Verpflichtung zur Rückbeförderung der Kläger nachkam, durch Umstände hinausgeschoben sei, wofür die Kläger nicht verantwortlich seien, so mußten die Folgen davon nicht die Kläger, sondern die Beflagte treffen. Diesen Erwägungen ist im wesentlichen beizustimmen. Das durch den Seemannsvertrag zwischen dem Reeder und dem Schiffsmann geschaffene Rechtsverhältnis ist in den betreffenden Fällen der Seemannsordnung nicht schon mit Beendigung des Seemannsvertrages und der Entlassung des Schiffsmannes beendet, sondern grundsätzlich erst mit dessen freier Zurückbeförderung in den Ausreisehafen. Es falle daher unter den Begriff der Zurückbeförderung und Rückreise (§§ 78) in dem hier fraglichen Sinne nicht nur die eigentliche Rückfahrt, sondern auch der Aufenthalt des Schiffsmannes im Auslande bis zum Eintritt passender Fahrtelegenheit. Nach den so zu berechnenden Kosten der Zurückbeförderung einschließlich des Unterhalts richtet sich auch die „entsprechende Vergütung“, die statt Zurückbeförderung gewährt werden kann.

Seemannsverhandlungen.

Das Seeamt verhandelte am Donnerstag über den Untergang des Seglers „Erna“, Kapitän Behrmann. Das Schiff, welches der hiesigen Reederei Hoyr gehörte, hat am 26. Juni 1921 einen finnischen Hafen verlassen und ist an seinem Bestimmungsort Kolbing nicht angekommen. Die Besatzung bestand aus drei Personen, wovon der Schiffsjunge ein Lübecker, namens Terntee, war. Schiff und Besatzung sind verschollen; niemand, auch nicht die Reederei hat bestimmte Nachrichten über den Verbleib des Fahrzeuges erhalten. Die Gesundheitsamt von Helsingfors hat zwar berichtet, daß im Jauusi ein finnischer Dampfer bei Ohland einen untergegangenen Segler angetroffen hat, der wahrscheinlich der hier in Frage kommende Segler war, genau konnte das aber nicht festgestellt werden, da von dem Schiff nur die Spitzen der Masten aus dem Wasser ragten. Das Fahrzeug war einige Monate vor dem Unfall in Siems überholt und ausgebessert worden. Es handelte sich nach hochverständigem Urteil in jetzigem Zustande während der Fahrt herrschte gutes Wetter, so daß der Verlust des Schiffes auf Unwetter nicht zurückzuführen ist. Der Reichskommissar stellte fest, daß der Segler seit dem 26. Juni 1921 verschollen und jedenfalls mit der gesamten Besatzung untergegangen ist. Da das Schiff leichtfertig und nicht überladen war und außerdem gutes Wetter herrschte, so ist die Ursache des Verlustes nicht festzustellen. Ein Verschulden der Reederei liegt nicht vor. Der Spruch des Seeamtes besagte, daß der Segler, der in gutem Zustande die Fahrt antrat, wahrscheinlich untergegangen sei. Ein Verschulden irgend welcher Personen an dem Unglück sei nicht festgestellt.

Die zweite Sache betraf den Untergang der Galeasse „Mer-Luz“, Kapitän Meier. Das Schiff, welches von der hiesigen Firma Anaal u. Lehmann besolden worden war, gehörte einem früher in Hamburg wohnenden Herrn Markwardt. Es war im Jahre 1892 erbaut und hat Ende Oktober 1920 den Lübecker Hafen verlassen. Den Bestimmungsort Frederikstad in Norwegen hat es nicht erreicht, sondern ist einige Monate später an der norwegischen Küste mit der Besatzung untergegangen. Die Leichen der Verunglückten sind nach Berichten der Gesundheitsamt in Christiania an der norwegischen Küste geborgen und in Norwegen beigesetzt worden. Als das Schiff den hiesigen Hafen verlassen wollte, wurde es angehalten, da die Ausrüstung zahlreiche Mängel aufwies. Ueberladen war es, wie ein Zeuge und Sachverständiger auslegte, nicht. Nachdem die Mängel abgestellt waren, durfte das Fahrzeug den hiesigen Hafen verlassen. Als unterwegs Sturm auftrat und auch zeitweilig ein falscher Kurs eingeschlagen worden war, hatte das Schiff stark gelitten. Der Kapitän entschloß sich daher, den dänischen Hafen Tage anzulaufen. Hier wurde aber festgestellt, daß die Ladung zu schwer war. Nachdem zehn Tonnen ausgeladet und das Schiff ausgebessert worden war, setzte es die Reise fort und ist dann inäier im Sturm und Nebel untergegangen. Es war die Behauptung aufgestellt worden, daß der Reeder dem Kapitän eine Belohnung versprochen hatte, wenn er das Schiff zum Sinken bringen würde. Solche Behauptungen soll der Kapitän in Tage gemacht haben. Die in dieser Sache vernommenen Zeugen, die dieses Gespräch gehört haben sollen, wissen aber von den ganzen Dingen nichts. Der Reichskommissar glaubte nicht, daß dem Kapitän ein Angebot auf Verfestung des Schiffes gemacht worden sei. Wäre das wirklich der Fall gewesen, so hätte der Kapitän solches gewiß nicht ausgeplaudert. Er führte den Untergang auf das neblige und stürmische Wetter zurück. Wenn in Dänemark eine Ueberladung festgestellt sei, so sei entweder die Ladung durch Wasser schwerer geworden, oder die dänischen Vorschriften seien anders als die hiesigen. Das Seeamt schloß sich in seinem Spruch der Ansicht des Reichskommissars an und betonte besonders, daß das Fahrzeug sich in einer gefährlichen Gegend befand, als es vom Sturm überlastet wurde. Daher könne als Ursache des Unglücks nur das Unwetter angesehen werden.

Die letzte Sache betraf den Unfall des Lübecker Seglers „Emille“, Kapitän Dufan. Das Fahrzeug gehörte der hiesigen Firma W. Wolf und ist auf der Fahrt von Dänemark nach Lübeck bei Annes am 17. Dezember 1921 astrandet. Bei der Abfahrt herrschte gutes Wetter. In der nächsten Nacht trat aber heftiger Sturm auf. Es wurde Anker geworfen. Die Ankerfette geriet und das Schiff trieb ab. Auf Rostkante hin wurde die Besatzung durch Klüver gerettet. Als man das Schiff später aufsuchte, war es völlig wrad geworden. Der Reichskommissar führte den Unfall auf das Sturmwetter zurück; ein Verschulden der Besatzung liegt nicht vor. Die Maßnahmen des Kapitäns waren richtig. Zu dem gleichen Urteil kam auch das Seeamt.

Wohlfühlschule. Herr Rechtsanwalt Brehmer sprach am letzten Sonnabend über das Thema Wohnungs- und Siedlungsfrage. Er lezte den engen Zusammenhang zwischen der Wohnungs- und Ernährungsfrage dar. Die Herstellung neuer Wohnungen muß der Verbesserung der Ernährung dienlich gemacht werden, da bei der schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands die Gefahr besteht, daß wir zwar Wohnungen, aber nicht genug Nahrungsmittel haben, weil eine Einfuhr nicht mehr bezahlt werden könnte. Darum müssen mehr brachliegende Arbeitskräfte der Bodenbearbeitung zugeführt werden durch Siedlung. Für solche, die im Hauptberuf städtisch tätig sind, ist die Bewirtschaftung einer Siedlung von einem Morgen unfruchtbar mäßig (300 Quadratmeter Haus, Hof, Wege 200 dm Obst, Straucher, Khabarber, 500 dm Gemüse, Rüben, 500 dm Kartoffeln, 100 qm Weide). Weide ist nötig für Ziegenhaltung. An jeder Ziege hängt das Leben eines deutschen Kindes; denn das gleiche Futter bringt doppelt soviel Milch, wenn es an die Ziege statt an die Kuh gefüttert wird. Es fehlen in Lübeck 1500 Wohnungen; wenn jeder Wohnung ein Morgen Land beigegeben wird, so erfordert dies 275 Hektar. Das ist noch nicht 2 Prozent des Hauptteiles des Lübschen Staatsgebietes. Es ist Land genug hierfür vorhanden, Domestiken des einen oder anderen Ihrer Bekannten. Seien Sie scharfsichtig!

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schädling.

31. Fortsetzung.

„Ganz unfehlbar! — Sehen Sie sich wieder und hören Sie mich; ich vermag vielleicht etwas über Herrn von Schemmen.“
„Ja, man sagt, er habe Gnaden vor Ihren Augen gefunden,“ verzehrte Drielsch mit derselben kläglichen Miße, indem er galant zu lächeln versuchte, was ihm einigemmaßen mißglückte.
„Ich will Sie aus der Klemme reißen, in der Sie zwischen den Korruptionen der Gesellschaft und Ihren eigenen, so achtungswürdigen Grundfragen stehen; aber Sie müssen eine Bedingung eingehen.“
„Und die lautet?“
„Sie müssen sich in Fräulein Josina von Katterbach verlieben.“
„In die Katterbach? o ja, bis zum Sterben; denn ich werde das Gallenfieber bekommen, wenn ich sie sehe. — Und dann?“
„Es kommt darauf an, daß Sie ihr völliges Vertrauen erzeigen.“
„Das möchte schwer halten; ich habe sie beleidigt, bin der Feind ihrer Familie und ein Mann, der gewiß ihren jugendlichen Bräutigam nicht verdrängt.“
„Ganz abgesehen von Ihren glänzenden Verdiensten, Herr von Drielsch, kann nichts leichter sein als dies. In der Stimmung, in welche Fräulein von Katterbach die Aufmerksamkeit des Herrn von Schemmen für mich verlieht haben, wird sie jeden Anbeter aufnehmen, wie ein Schiffbrüchiger die Planke, die ihn vor dem Ertrinken rettet. Glauben Sie mir das. Ihr Bräutigam — nur Sie wird ihn bald völlig ihr geraubt glauben; sie wird dann keine Rücksichten mehr kennen; sie wird, wenn Sie geliebt sind, Ihnen alles anvertrauen, was Sie über Schemmen weiß; und das ist, was ich von Ihnen wieder zu erfahren hoffe. Herr von Schemmen spielt den Verächtsamen, was kein früheres Leben angeht; ich verzweifle daran, etwas aus ihm herauszubringen. Und noch, wie Sie begreifen werden, Herr von Drielsch, gibt es Verhältnisse, bei welchen man seinem Stande und seinem Rufe schuldig ist, die größte Bekanntheit anzunehmen, bevor man sich zu tief einläßt. Sie werden mich verstehen.“
„Ich verstehe Sie vollkommen; aber erlauben Sie mir die gehörigste Bemerkung, daß Sie mich zu etwas machen, das einem Spion ganz absonderlich ähnlich sieht.“
Katharina erröte: „Sie haben nicht ganz unrecht, mir den Rorwurf zu machen. Aber bei Gott, ich weiß mir anders nicht zu helfen und ich habe ein Ziel im Auge, das gewiß ein gutes ist und von dem mein Lebensglück abhängt. Also wählen Sie, Herr von Drielsch; entweder das Florett des Mars oder den Blumenheil Amors.“
Herr von Drielsch erklärte sich entschieden für den Blumenheil Amors.
„So sehen Sie, zuerst Fräulein Josina Abbitte für Ihr achtungsretzen zu leisten; damit ist die Bekanntheit eingeleitet.“

fädel; ich schreibe unterdes einige Zeilen an Herrn von Schemmen.“
„Aber nun muß ich noch um einige nähere Instruktionen bitten, worauf ich eigentlich meine Fragen bei Fräulein Josina richten soll.“
„Fragen? Um Gottes willen, so weit sind wir noch nicht; verderben Sie nur nicht alles damit; die größte Behutsamkeit ist nötig, und erst nach Wochen des emsigsten Ritterdienstes, der unermüdbaren Galantierte dürfen Sie es in ärztlichen Teie-a-letes zu ernsthaften Unterhaltungen kommen lassen.“
„Gnädiges Fräulein,“ sagte Herr von Drielsch mit einem komischen Ausdruck unangenehmer Ueberrafung, „ich will doch lieber noch heute abreisen.“
„Nein, nein, das dürfen Sie nicht, und was hülfte es Ihnen? Herr von Schemmen würde Sie auch auf Ihren Gütern zu finden wissen; ich selbst würde ihn auf das bestimmteste dazu auffordern, damit dem verehrtesten meiner Freunde nicht nachgesagt werden könnte, er sei feig vor einem Duell durchgegangen.“
„Alle Achtung vor Ihrer Freundschaft,“ fiel Herr von Drielsch ängstlich ein, „aber —“
„Sie sind gefangen, ergeben Sie sich. Ich will Ihnen jetzt sagen, welches die Geensünde sind, die ich zu erfahren wünsche. Zuerst, wo Herr von Schemmen war, in den letzten Tagen, bevor er nach Dependab kam; dann, weshalb er so rasch ein Verlöbniß mit Josine eingegangen ist, die er nicht liebt; ferner, ob er nicht auch Josine eine Heirat mit ihr die Ansprüche, welche sein Name auf die Güter des Herrn von Katterbach ihm gibt, durchsehen könnte, und endlich womit er diese Ansprüche beweist. Wäheres besprechen wir später. Nur das zwingt mich meine Achtung und meine Teilnahme für Sie, Herr von Drielsch, Ihnen noch anzudeuten, daß ich durchaus nicht im Sinne habe, Sie bloß zu meinem Werkzeug zu gebrauchen; sondern daß ein gewisser Platz, zu dem Sie mitwirken sollen, wenn er gelingt, Ihnen eine eklatante Genugtuung, Ihrem Freunde, dem Freiherrn von Katterbach gegenüber, verleiht. Verlassen Sie sich darauf, aber fragen Sie nicht weiter.“
Diese Andeutung gab Herrn von Drielsch einen Sporn, der ihn rasch sich erheben ließ, um mit dem größten Interesse seine Mitwirkung an einem so willkommenen Plane einzuleiten. Nur hätte er gern erst etwas Näheres erfahren. Aber das Fräulein lehnte keine Fragen mit großer Entschiedenheit ab.
„Nur noch eins,“ sagte sie, als er sich empfehlen wollte; „Sie haben mich vor längerer Zeit bei der Gräfin S., als die Rede von welchem Ereignissen und unerklärlichen Erscheinungen war, mit Ihrem Vertrauen in einem derartigen Falle beehrt. Sie erzählten von einer Gestalt, die vor Ihrer Augen, aus dem Raminie schlüpfend, ein verhorrenes Schußfach in Ihrem Sarie geöffnet habe und dann verschwunden sei. Ist Ihnen in der Residenz niemand begegnet, niemand aufgefallen, dessen äußeres Sie an jene Erscheinung erinnern hätte?“
„Nein, niemand.“
„So bitte ich Sie, acht darauf zu geben, ob sich Ihnen diese Erscheinung irgendwo aufdrängen wird; ob auch nicht bei den

Herr von Drielsch versprach es, obwohl er der Grund nicht einsehen konnte, und beurlaubte sich dann mit dem Versprechen, am andern Tage wieder aufzuwarten, um das Urteil der Dame über seine Poesien zu vernehmen, ein Gegenstand, den der Verfasser derselben über der späteren wichtigen Verhandlung durchaus nicht aus den Augen verloren hatte und der ihm den Vertrag um so willkommener machte, kraft dessen er der überreichten Flucht aus der Residenz überhoben war.
Er war kaum gegangen, als dem Fräulein vor Wassenstein eine unbekante Person gemeldet wurde, die sie dringend zu sprechen wünschte. Bevor wir dieselbe jedoch bei ihr einführen können, muß unsere Erzählung einige Ereignisse nachholen, die sich schon vor mehreren Monaten, noch im Spätherbst des verfloffenen Jahres, während wir schon den Frühling ins Land ziehen schifften, in dem stillen Darschen Kranaed begeben hatten.
Fünftes Kapitel.
Es war in einer klaren und für die späte Jahreszeit ganz erträulich milden Nacht. Bernhard stand am Feuer und ließ sich von seiner Mutter den warmen Oberrod über der Brust zusammenknöpfen. Draußen wurde an die Fenster geklopft.
„Fertig, Herr Doktor, fertig?“ rief es; es war die Stimme des Vikarius.
„Auf der Stelle!“ — Bernhard warf eine Jagdtasche um und nahm ein Gewehr aus der Ecke, das mit einem Lauf von sehr großer Länge versehen war. Dann gab er mit einem: „Gute Nacht, Mutter! bleibt meinewegen nicht wieder auf!“ Margret die Hand und schritt hinaus. Draußen stand Herr Gerhards, ebenfalls bewaffnet, und auf der Straße vor dem Gärtchen Herr von Kranaed mit einem Jäger, der seine Kiste irug und zwei Hunde am Seite hielt.
Herr von Kranaed hatte Bernhard eingeladen, an einer nächtlichen Jagd auf Enten teilzunehmen. Etwa eine Viertelstunde von dem Dorfe entfernt in der Mitte des Gebirgstales lag ein kleiner See, auf dem sich die wilden Enten jetzt in großen Scharen verammelten, um vereint von da ihren Flug in wärmere Zonen anzustellen. Durch Gehirke und über feuchte Wiesenpfade kam man an den Rand der Wasserfläche, die ruhig ihren Silberpiepel dem Mondlichte hintrakte, das so hell darauf stand wie ein Tageslicht, das man im Traume zu sehen glaubt. Nicht am Ufer waren mehrere Moosstritten aufgebaut; vor jeder streifte eine sahme Ente ihre langgezogenen, melancholischen Töne in die Nacht; sie waren an Farbe ganz den wilden gleich und schwammen immer im Kreise umher, mit dem Beine an einem Pfloz unter dem Wasser festgebunden. Jeder der Jäger nahm nun Besitz von einer der Hütten, die vorn nach dem See hin eine kleine runde Deckung hatten, wodurch man die Wasserfläche beobachten und das lange weiträumige Rohr stecken konnte, bis eine Schär des Wildes von dem Rufe der Locken angezogen sich nahe genug niederlasse, um getroffen werden zu können.
(Fortsetzung folgt.)

Ohne daß auch nur ein Gärtner oder Kleingärtner sein Land herzugeben braucht. Wenn Lübeck bisher nur 1000 qm für jede Stellung auslegt, wozu der Einzelne weiteres Land hinzupachten muß, ist das ein wirtschaftlicher Fehler. Die Landfrage befindet sich noch in den ersten Anfängen. Für das Experiment mit 1000 qm werden wir noch Beihilge zahlen müssen. Dagegen ist Lübeck in der reinen Baufrage auf gutem Wege. Die Mietslasterne scheint überwunden, denn obwohl auf das Drängen gemisser Kreise der Bau von Mehrfamilienhäusern in geschlossener Bauweise erheblich höher unterstützt werden sollte — für jede Wohnung ein höherer Zustand als für ein ganzes Einfamilienhaus — erwies sich die Durchführung als unmöglich, während viele ihr Lehtes hergegeben haben, um eine eigene Gartenheimstätte zu erlangen.

Niederdeutscher Bund. Wie uns vom Vorstande des „Niederdeutschen Bundes“, Professor Dr. Lehmann-Altona, mitgeteilt wird, befindet sich die Bundes-Geschäftsstelle jetzt Hamburg 8, Gröningerstraße 30 III. Der Geschäftsstelle ist ein Archiv angegliedert, das alle Veröffentlichungen zur niederdeutschen Sache sammeln wird. Alle niederdeutschen Sprach-, Kultur- und Heimatvereine werden gebeten, jegliche Veröffentlichungen, Zeitungen, Zeitschriften, Ankündigungen, Berichte über ihre Arbeiten, Jahrbücher und anderes, an diese Geschäftsstelle zu senden.

Die Geschäftsstelle des Norddeutschen Lloyd. In der letzten Generalversammlung der Aktionäre wurde auf Anfrage eines Banddirektors über die zukünftige Geschäftsstelle des Lloyd vom Direktor folgendes erklärt: „Der Abschluß für 1921 liegt noch nicht vor, doch nehmen wir an, daß er die Erwartungen betriebigen wird. Was die augenblicklichen Verhältnisse anbelangt, so drückt die den Bedarf weit übersteigende Weltkonjunktur nach immer stark auf die Raten, so daß in der internationalen Schiffsverkehrswelt fast allgemein über den schlechten Geschäftsgang geklagt wird und ausländische Reedereien schon mit Erlaß in den Abbau der Anlässe einmündlich der Heuer eingetreten sind, um überhaupt die Betriebsmöglichkeit aufrecht zu erhalten. Für uns liegen die Verhältnisse so, daß wir mit unseren Schiffen vorläufig nur den dringenden Bedarf der deutschen Abfahrer und der deutschen Reisewelt befriedigen können, so daß wir den vorhandenen Schiffsraum verhältnismäßig günstig auszunutzen in der Lage sind. Die bis her mit eigenen Schiffen ausgeführten Reisen, auch diejenigen nach Südamerika, haben aus diesen und anderen Gründen einen zufriedenstellenden Verlauf genommen. Der Verkehr nach den Vereinigten Staaten wird erst im Laufe dieses Monats wieder aufgenommen. Die erste Aufgabe wird unsere Diplomatie zu lösen haben, indem sie die Aufhebung der ohne jeden rechtlichen Grund erhobenen Sonderbelastung der deutschen Lonnage erreicht. Unsere Redenbetriebe, die auf rationelle Ausnutzung und Anpassung an jedes hervortretende Bedürfnis einzurichten sind, arbeiten bis in die neueste Zeit zur Zufriedenheit. Wir sind insbesondere bestrebt gewesen, unseren technischen Betrieb im Rahmen seiner eigentlichen Aufgaben so intensiv wie möglich zu beschäftigen und haben damit Erfolge erzielt. Das gleiche gilt von der Ausnutzung der Bremerhavener Hafenanlagen.“ Auf die weitere Frage, wie es mit dem Flottenbestand und dem Auftragsbestand des Norddeutschen Lloyd stehe, erwiderte Direktor Stimming: „Unsere Flotte besteht zurzeit, abgesehen von unseren Reichs- und Schleppern und den Jahrgängen des Seehäfenverkehrs, aus 13 Reberbedampfern mit einem Bruttogewicht von 72 046 Brutto-Registertonnen. Davon sind: 8 Rebranten mit 7332 Br.-Reg.-T., 4 gefaule Dampfer mit 25 649 Br.-Reg.-T., 6 aus dem Vorkriegsbestand behaltene Dampfer mit 89 065 Br.-Reg.-T. Unser Neubauprogramm umfaßt bis jetzt unter Einbezug der oben genannten 7332 Tonnen insgesamt 232 032 Br.-Reg.-T. und zwar 17 Passagier- und Frachtdampfer, 9 Frachtdampfer, und 2 Hochgeschlepper, zusammen 28 Schiffe. Von den der Schiffbau-Verkaufsbank zur Verfügung gestellten Rebranten haben wir allerdings das Material zweier der Firma Joh. C. Tecklenborg A.-G., Geestemünde, in Auftrag gegebener Frachtdampfer mit je 9950 T. Tragfähigkeit zur Fertigstellung auf dieser Werft erworben, wobei es besonders zu beachten ist, daß mit dieser Auftragserteilung gleichzeitig die Arbeitslage in den Unternehmungen gebessert werden konnte. Weitere Verhandlungen ähnlicher Art schweben noch.“

g. In der Fiebermaus gab es — es ist weit über Lübecks Mauern hinaus bekannt — unter der vorzüglichen Leitung des Herrn Direktors Wolfram wohl in jedem Monat ein Programm, wie es in den größten Städten nicht besser zusammengestellt werden kann. Der seit dem 1. Februar erschienene Balance-Att des Concertes Brauna, der mit zu den besten und seltensten des Continentes gehört, ist am Sonntag verunglückt. Die über vier Meter hohe Leiter, die durch Herrn Bradna auf den Füßen in liegender Körperhaltung gehalten wird, kam durch der Riß des Treibriemens, welcher zur Retention des Alles verordnet wird, ins Wanken und Frau Bradna, durch Zuruf ihres Mannes gewarnt, begann zwar geistesgegenwärtig ab, zerbrach sich aber

bedauerlicherweise den Entel und teilweise den Ferkelknochen. Leider muß sie nun Monate liegen, bis der Fuß ausgeheilt ist. Es ist leider das Los der meisten Artisten, daß sie einmal an ihren gewagten Experimenten, die allerdings das Publikum oft gut unterhalten und in Erstaunen setzen, in der traurigsten Weise zum Krüppel werden oder gar zu Tode kommen. Frau Bradna kann sich des Mitgeföhls aller ihrer vielen Bewunderer verlohren haben. Auch wir wünschen baldige Besserung. Als Teil des übrigen Programms ist hervorzuheben die Verwandlungstänzerin Gisella Secht. Sie hat alle Anlagen zu einer Prima Ballerina und alle Vorzüge, die Günst des Publikums leicht zu erringen. Bei vielem Fleiß kann Großes noch erreicht werden. Der brillante Soubrette und Stimmungsfänger Curt Kadet imponiert gewaltig mit seiner sonoren Stimme. Seine Lieder: „Brinz Eugen“, — ganz selten nur hört man es — und „Am Rhein der Wein“ fanden reichen Beifall. Die exzentrischen Gymnastiker Original Olinots hielten mit ihren lustigen und auch hervorragenden Tricks die Gäste fordbauernd am Laichen. Manah ehrwürdiger Herr und manche Dame im grauen Haar — Sorgen haben sie alle vielerlei — sie wollen nicht recht, sie wehren sich gar, aber die Olinots zwingen sie zum Lachen. Der Zirkusmusikant Bergmann mit selbstgebasteten kostbaren Blas- und Streichinstrumenten erweckt vor allem die Bewunderung der Fachleute. Zuletzt ist das Maritime Ballett erwähnenswert. Die Leiterin der Truppe ist unstreitig eine Meisterin ihres Faches. Die letzte Nummer wirkte wegen den reizenden Kostümen besonders anzsehend. Da für den wegen Unfällefall ausbleibenden Balance-Att eine bedeutende Ersatznummer, aber in humoristischer Art, einetroffen ist, kann das empfehlenswerte Programm wieder vollständig gespielt werden. Wer also mal einen ganz besonderen Abend erleben will — Herr Simon de Weille, bei Trappen und den Gästen als Künstler sehr geschätzt, und wegen seiner anbauernenden humorvollen Stimmung allseitig bestens beliebt, probiere wie immer vorzüglich aus.

Eisberst zum 16. Februar. Die Eisverhältnisse in der westlichen Ostsee scheinen im allgemeinen — soweit der dicke Nebel eine Beurteilung zuließ — uncrändert. Die Dampfer „Mira“ und „Hindland“ sind im Laufe des Vornittags von Travemünde in See gegangen, um die Ausfahrt zu versuchen. Das Eis in den Hafen und auf dem Revier zwischen Lübeck und Travemünde ist infolge der wärmeren Taesstemperatur etwas mürber. Die regelmäßigen noch vorhandenen Nachfröste haben jedoch, abgesehen von einigen Stellen, noch keine fühlbare Abnahme des Eises gebracht. Die durch die Eisbrecher der Kaufmannschaft gebrochene Fahrtrinne ist offen.

Lübecker Kunstwerke in Gefahr! Die Maurergesellensterbedelle sieht sich veranlaßt, die seit Jahrhunderten in ihrem Besitz befindlichen künstlerisch außerordentlich wertvollen silbernen Schilde, die früher bei Beerdiigungen zur Schmückung des Sarges verwendet wurden, für den zu erzielenden Höchstpreis zu verkaufen. Es handelt sich um 10 Schilde, alles Arbeiten Lübecker Goldschmiede. Das viel zu geringe Gebot des hiesigen Museums ist von der Kasse zurückgewiesen worden. Es liegt die große Gefahr vor, daß die Sachen nach auswärts wandern, da schon Gebote von Händlern vorliegen, die den dreifachen Silberwert übersteigen. Sollte es nicht in letzter Stunde noch möglich sein, diese hervorragenden Kunstwerke der Stadt zu erhalten, für die sie vor Jahrhunderten von gemeinnützig denkenden Handwerksgelesen gestiftet wurden? Vielleicht würde bei einer öffentlichen Ausstellung der bedrohten Kunstwerke der erforderliche Betrag zusammenkommen.

Volkshochschule. Am Sonnabend, dem 18. Februar, abends 8 Uhr, spricht Herr Paul Hingge in der Aula des Lehrerseminars über Klaus Groths Lyrik und Walladenbildung. Die niederdeutsche Sprache ist der weigentlichste Ausdruck niederdeutschen Wesens. Alles, was unser Herz in Freud und Leid bewegt, alles tiefste Denken über Leben und Tod, läßt sich in dieser Sprache ausdrücken. Der Dichter hat die Wahrheit dieser Auffassung durch die Tat bewiesen, indem er den „Quidhorn“ schuf. Der Vortragende wird darzulegen versuchen, daß Klaus Groth kein Dialektidiot ist, der nur für einen Heimatwästel Bedeutung hat, sondern daß er einen Platz in der Reihe der großen Lyriker einnimmt.

Das Taschenbuch für Kommunalpolitiker ist eingetroffen. Die Besteller auf Subscriptionslisten, die durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten weitergegeben wurden, werden gebeten, das Taschenbuch im Lübecker Volksboten in Empfang zu nehmen. Preis 14.— Mark.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Jungsozialisten. Heute Freitag, abends 7½ Uhr bei Wulf, Gült. 110 Vortrag.

Stadttheater. Sonnabend: „Bohème“. Sonntag nachmittag wird für den Arbeiterbildungsverein „Lannhäuser“ gegeben. Abends: auf Verlangen Wunsch nicht Fiebermaus, sondern „Carmen“. Am Dienstag erste Wiederholung des erfolgreichen Lustspiels „Die Ballerina des Königs“. Als Gast Frä. Coa Aliso Cron.

Hansa-Theater. Heute, Freitag, findet das einmalige Gastspiel des berühmten Vek-Rainer-Balletts statt, von dem der Kunsthistoriker Professor Ostar Fickel u. a. schreibt: Eine Tänzerin und ein Maler geben ihm den Namen, das ist ein Symbol für die Vereinigung aller Künste, die seit den Russen nicht wieder gesehen wurde und vielleicht überhaupt so intim und lebendig in einander verflochten seit der großen Zeit des Theaters im 18. Jahrhundert nicht da war.

Angrenzende Gebiete.

Gutin. Eingekauft wurde das Schmeierhaus des ehemaligen Hotels Hofmeisterische Schweiz. Es gehörte zu dem von der Marineverwaltung gekauften und zu einem Marine-Gemeinschaftsheim eingerichteten früheren Hotel und wurde bislang als Mannschaftshaus für das Heim benutzt.

Kiel. Zuschüsse für die städtischen Theater. Nach dem Jahresabschluss für das Theaterbetriebsjahr 1920/21 stellt sich die Ausgabe beim Theaterbetriebsjahr auf 5 266 305 Mark, denen als Einnahme 4 070 516 Mark gegenüberstehen. Der Zuschuß der Stadt Kiel zum Theaterbetriebsjahr für 1920/21 befreit sich auf 1 195 788 Mark. Beim Orchesterrat für 1920/21 stellt sich die Ausgabe auf 887 894 Mark, denen eine Einnahme von 688 350 Mark gegenübersteht. Der Zuschuß der Stadt Kiel zum Orchesterrat für 1920/21 befreit sich auf 249 543 Mark. Vom Beginn der nächsten Spielzeit ab werden das Chor- und Ballettpersonal um zusammen vier Mitglieder eingeschränkt werden und die Hilfsmuster voraussichtlich ausfallen.

Kiel. Zur Lohnbewegung der Werftarbeiter. Die Vertrauensmännerversammlung der Kieler Werften, die zu dem Hamburger Angebot der Arbeitgeber Mittwoch abend Stellung nahm, hat beschlossen, sich mit der Arbeit der Zentralkommission der Arbeiter einverstanden zu erklären und brachte in einer Entschließung zum Ausdruck, daß die Werftarbeiter zur Aufnahme des Kampfes bereit sind. Es wurde eine Abordnung nach Berlin entsandt, die dem Zentralvorstand die Stellungnahme der Kieler Werftarbeiter unterbreiten soll. Die Abordnung ist bereits nach Berlin abgefahren.

Kiel. Eiszeit. In der Kieler Bucht ist aller Schiffsverkehr erloschen. Die festgeflossene Eisdecke, die in einer Stärke bis zu einem Meter allen Durchbruchversuchen widersteht, erstreckt sich über die innere und äußere Förde und unübersehbar weit hinaus in die Ostsee. Der Verkehr zwischen dem Ost- und Westrand und von den Fördeorten nach Kiel vollzieht sich nun in der Hauptfache auf dem Wege über das gefrorene Wasser. So sind namentlich die zahlreichen, jenseits wohnenden Arbeiter der Deutschen Werke in Friedrichsort auf den Gismarck angefahren. Im übrigen beliben Scharen von Winterportieren die mit leichtem Schnee bedeckte Fläche. Mitten in der Innensförde liegt vom Eis eingeschlossen, mit gebrochener Schraube, der große ungareische Dampfer „Debriga“, der vergeblich versuchte, sich einen Weg zum Kanal zu bahnen. Der Norwegier „Lordis“ kam nur bis zum Kriegshafen, wo er stecken blieb. Beiden hätte es überdies wenig genügt, wenn sie die Kanalöffnung erreicht hätten, denn inzwischen ist die Fahrtrinne im Nord-Ostsee-Kanal ebenfalls völlig zugefroren; damit hat der Verkehr — zum ersten Male seit der Gröfnung dieser Wasserstraße — eingestellt werden müssen. Unter der großen Zahl von Schiffen, die in den Werthäfen vom Frost interniert wurden, befindet sich auch der russische Eisbrecher „Lenin“ mit einer englischen Mannschaft an Bord. An eine Wiederaufnahme der Schiffsahrt ist vorerst nicht zu denken.

Lüneburg. Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht verurteilte den 21 Jahre alten Arbeiter Otto Müller aus Gardelegen, der am 4. November den Handelsmann Nüsse in Lichtenberg, Kreis Lüneburg, im Schlaf erschossen hatte, zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust. Müller hatte bei dem Raube etwa 800 Mk. erbeutet und diese in wenigen Tagen in Berlin verjubelt. — Verurteilter Raubmörder. Am 5. Januar 1921 wurde in Schnaakenburg, Kreis Lüneburg, die einmal auf ihrem Hofe lebende 76 Jahre alte Luitje Grewer ermordet und beraubt. Als Täter wurde der damals 24 Jahre alte Kaufmann Ruit Grahoff aus Wittenberge verhaftet. Grahoff wurde wegen Totiatslags und Raubes unter erschwerenden Umständen zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die verschwundene Gans.

Ein Schrei gelte durchs Haus, drang in den Hof. Es war ein Schredensschrei, man erkannte das sofort. Ein schriller Schrei, mit einem „Gäcker“ am Ende. Ein Schrei aus einer weiblichen Kehle.

Die Fenster, die in den Hof mündeten, füllten sich im Nu mit Köpfen. Der Schrei, der schrille Schrei gelte in allen Ohren, die ihn vernommen, nach. Die zielen in den Hof flatternden Augen von Neugier und Bangigkeit gerundet, sie hellten hinan, aber demüßlich die Frage, die nun plötzlich aus dem Hofe nach oben klang:

„Am Gottes will'n, was is denn g'weg'n?“ Die Frage läute alle Jungen, die das Ganschen gebunden. Man kippte auf Wack, Tischschlag, Rauch und ähnliche Vorfälle, die geheimer und Schredensschrei hervorbrachten. Die Mehrzahl der durcheinander schwirrenden Stimmen einigte sich schließlich darauf, daß nicht nur ein Schrei, sondern auch ein wirlicher Schuß gehört worden sei. Aber bald hatten sich die Ohrengehörer der Detonation gegen eine Opposition zu wehren, die darauf bestand, daß der Schrei so gelungen habe, als wäre ihn ein Meisterstück vorausgegangen. Eine ganz kleine Rinderheit, die darauf bestand, daß solche Schreie nur von selbstmörderischen Sprängern aus vierten Stockwerken üblich seien, fand wenig Interesse.

Da fand aber im Hof auch der kleine Maxl. Und seine Seele, nur in geringem Maß empfänglich für das Ganschen der Minute, hatte nur ganz leise gelächelt. Um so härter aber erwiderte ihm seit einer kleinen Weile seine Kafe. Und eine Sekunde ausmündend, da all die Stimmen schwiegen, warf er eine Bemerkung hin, die ganz und gar nicht zu der Situation paßte:

„Da mach's aber gaci!“ O über die Kinder! Und doch war es Karls Kafe, die, wenn man so sagen darf, den ersten Schreier hob, die den Schanzplatz des geheimnisvollen Schredensschreies noch bedeckten. Allen ward es plötzlich offenbar, daß wirklich ein Duff, gar wunderlich, die Luft erfüllte. Und aller Augen und Raten wendeten sich wie auf ein willig befehltes Kommando einem Fenster im Hauptgeschoss zu. Daß alle Augen und Raten dieses Ziel hatten, hatten keine besondere Ursache. Dies Fenster war das Fenster des Haukes. Alle grize Duff, alle Ratenwender, die das Haus, den Hof durchfluteten, sich Raten kamen sie nur aus diesem Fenster, dem Hauptfenster des Herrn Schubiats, eines glücklichen Schiebers. Es war ein Fenster, wozu der Grund für die Kafe der Kungbung. Die Kungbung, hinter diesem Fenster hatte sie ein wohl ausgeprägtes Heim. Alles weitere vierwellige, alles gelächelte Gezier, in dem Augen ein Zeit bereits kam, alle ihre Welt-Feierlichkeiten in diesem Fenster lag's in allen seinen Arten immer wieder nach zu sein. appetitlos, jeder, trauernd, hinterfragend, ein möglich reichliches Kafebrot, Kafebrot, Kafebrot, Kafebrot.

Aber aus diesem Fenster läute jetzt ein gewaltiges Getöse, ein Durchdrander Schubiatscher Familienstimmen. Und bald war es den Horschern klar: Aus diesem Fenster war der Schrei erklingen, der Schredensschrei mit dem „Gäcker“ am Ende. Die Aufgeschrachten, die der ungeliche Schrei erbeben gemacht, sie erkannten, daß das wallende Schidial mit raucher Hand an das geräuhreiche Küchenfenster bei Schubiats gerührt hatte. Ganni, die Köchin, hatte den fürzählbaren Schrei in die Lüste gefendet. Und ihr kräftiges Organ übertrugte eben wieder den Schubiatschen Stimmenwurm.

„I kann nur immer wieder sag'n, wie war! I hab die bratene Gans zum Ausfüh'n ins offene Fenster g'stellt! Auf amal, wie i wieder in die Kuchl kamm bin, war s' weg!“ Schubiats Schrien Jeter, Schubiats führten nach der Polizei, nach einem Scherlok Holmes. O Himmel, wo war die Gans?

Der Kati war es, der den Uebeläter entdeckte. Die Aufregung war vererbt und nur Maxl stand im Hof, schnuppelnd nach den Düften, die die verschollene Gans freudlos zurückgelassen hatte. Eben begrüßte er artig zwei Herren, die bei Herrn Schubiats zu Tisch geladen waren, da schien es ihm, als würden die Gansschäftwellen dichter und härter. Da kam nämlich kein Freund Schuppel daher, der hatte quer in der ruppigen Schnauze ein „Bägel“. Mit einigen Bissen gab er eben dem fragenden Gansschäftel den Rest. Da ging dem Maxl ein Licht auf.

„Schuppel!“ rief er. „Du? Du warst's? Ja, wie hast d' denn das g'macht?“

Wie Schuppel die Gans geholt, das blieb sein dunkles Geheimnis. Er wühlte sich gemächlich an Karls Handrücken den festgelegenden Schaurbart ab, und alle Anzeichen sprachen dafür, daß es ihm nicht einfiel, keines Fremdes Aufregung zu teilen. Gemäßig ließ er sich auf den vollen Rauch fallen. Er streckte langsam die Fötten vor sich, ließ ein leises Krurren der Behaglichkeit hören, sowie einer, der unter angenehmen Geföhlen verdaut und bewegte den kurzen Stöpel, der ihm den Schweiß abgab, iaktig auf und nieder, was so eine Gemächheit war, wenn er der Welt gerade nichts Böses vorzuweisen hatte. Kein Zweifel, Schuppel bot, wie er da so lehrerartig mit der langen Zunge die Gansschäftel zu seiner Schnauze einholte, ein Bild wirlicher Selbstzufriedenheit. Jeweils warf er einen Blick nach dem Schubiatschen Duffschalter, und da schien es wohl, als mache er sich einigermaßen häßliche Gedanken.

„Schuppel, wie hast d' denn nur so was insen kummt?“ fragte Maxl.

Aber in Schuppel wollte sich keine Kame entwickeln. Er verblieb in philosophischer Ruhe und sein Blinzeln schien zu sagen, man möge ihn, wenn man es für gar behende, immerhin anfragen. „Ja, er hatte sich einfach eine kleine „Korrektur“ erlaubt. Dieses verführte, er hatte die Fenster! Wozum, jeder Richter mußte auf wunderheller Zwang erkennen.“

Der häßliche, dünne, unbeachtete, immer hungrige Schuppel, dessen einziger Freund der kleine Maxl war, schaut jeso sehr verwundert in die Welt. Er fühlt sich plötzlich von der Liebe des ganzen Hauses überschüttet. Freilich, Schubiats können ihn auch jetzt noch nicht leiden...

Mehger Toni.

Skizze von Max Dortu.

Das ganze proletarische Venedig kennt den Mehger Toni. Denn Toni ist in allen Weinschenken dabei. Er ist der fähigste Trinker der ganzen Stadt.

Und immer ist Toni ein spendabler Trinker. Wenn er trinkt — dann trinkt mit, wer Durst oder Sorgen hat. Toni zahlt. Toni hat keinen Laden am Fuß der Riastobrücke. Er verkauft Pferde- und Ochsentöpfe. Auch Knochen und Fische. Sogar Kalbsfüße.

Toni ist Lieferant der Volksküchen. Er versorgt die großen kumpfernen Minestrafessel in den düsteren Ofterien. Und nagt ein Hofenarbeiter an einem Ruckfuß, oder kragt er mit einem Stillet Gelskinnbuden ab, — dann denkt er ganz sicher an den immerdurftigen Toni — und er haut mit derber Faust auf den öligen Tisch, daß der grane Weintrag erschreckt aufspringt — und er be stellt beim blaffen Wirt noch einen halben Liter Foresto: noch einen halben Liter apulischen Blutweins.

In seiner Jugendzeit war Toni ein sehr geschickter Mehger. Sein Mehger war das allergewandteste im ganzen Schlachhof. Seine Schultern trugen ohne weiteres einen ausgeschlachteten halben Ochsen zum Kühlraum.

Damals war Toni unter seinen Genossen auch sehr gefürchtet, denn beim Streiten schlug er gleich zu. Dann warf er sein Messer von sich — und seine Faust ward ein Hammer. Mit seiner Faust hätte er die Hirnschale eines Stieres zertrümmern können.

Das ist nun freilich schon lange her. Aber um Tonis grane Sänkerfirne wächst immer noch der grüne Kimbus des geschidten und starken Arbeiters.

Toni ist ein dicker Mann geworden. Sein Leib ist rund wie eine treufianische Nagemelone. Seine Beine sind Schifferbeine: gebogen und schwänzend.

Tonis Armmuskeln sind schön wie das Minenspiel einer jungen Schauspielerin. Seine Finger sind Weißzangen. Und die Fingernägel ähneln den scharfen Krallen der gelben Tiger, die man zu Karneval in der Menagerie auf Sant Clara sieht.

Am auffälligsten sind Tonis Augen. Dieses Auge ist glaskl. Es ist wie ein hartgelochtes Ei, das man durchschnitten — nur daß der Dotter braun statt blumengelb ist.

Dieses Auge kann witzig sein. Witzig wie die Vora, die im Winter die Lagune weißschäumig aufspeißt. Aber wie der wack

Gewerkschaften.

Dienstzeit oder Arbeitszeit?

Von der Lübecker Ortsverwaltung der Reichsgewerkschaft werden wir um Abdruck dieses Artikels gebeten: Der Grundgedanke des Achstundentages war nicht etwa der, daß der Mensch 8 Stunden am Tage arbeiten müsse, sondern vor allem der, daß er 16 Stunden am Tage zu eigener Verwendung für Schlaf und Erholung übrig behalten müsse. Neuerdings beginnt man unter dem Druck der nationalen Not einer Verlängerung der Arbeitszeit das Wort zu reden. Es sind Arbeitszeitgesetzentwürfe in Vorbereitung, welche neben dem Begriff Arbeitszeit den zweiten Begriff Dienstzeit setzen. Parlamentarier sowohl wie eine Reihe von Zeitungen haben wiederholt in jüngster Zeit die Ansicht verteidigt, der Achstundentag könne nur so verstanden werden, daß unter diesen Begriff die Zeit der reinen Arbeitsleistung zu rechnen sei. Dadurch gelange man zur Heraushebung von Dienstbereitschaftszeiten, wie sie bei gewissen Berufsgruppen unvermeidlich sind und bisher „schematisch“ in den Achstundentag mit eingerechnet wurden. Man verlangt nun von den betroffenen Berufsgruppen z. B. Bahnwärtern, Lokomotivführern, Zugpersonalen und ähnlichen Arbeitnehmern, daß sie mit der Anrechnung der wirklichen Arbeitsstunden und der Nichtanrechnung der Dienstbereitschaftszeiten einverstanden sein sollen. Diese Deduktion klingt im ersten Augenblick sehr bestechend. Jeder Nichtfachmann wird sich sagen, daß die Stunden, während welcher ein Bahnwärter beispielsweise zwischen zwei Zügen in seiner Hütte die Zeitung lesen kann, tatsächlich keine Arbeit sind; versteht man sich dagegen in die Lage dieses Bahnarbeiters, und stellt man sich vor, daß einem solchen Beamten auf wenig befahrenen Strecken im Laufe des ganzen Tages nach diesem Rezept allenfalls 2 bis 3 Stunden Arbeitszeit angerechnet werden könnten, so sieht man, daß hier ein ungesund und gefährliches Spiel mit dem Begriffen Dienstzeit und Arbeitszeit getrieben wird. Der Achstundentag soll, wie gesagt, in erster Linie dem Arbeitnehmer nicht eine maximale Dienstpflicht, sondern vielmehr eine Mindestfreiheit garantieren. Die Verteidiger des neuen Arbeitszeitbegriffes berufen sich auf die Notwendigkeit vermehrter Arbeit in Deutschland. Der ehemalige preussische Ministerpräsident Stegerwald führte unlängst aus: wir Deutschen müßten uns daran gewöhnen, mehr als bisher zu arbeiten und vor allen Dingen mehr wie jeder Engländer und Franzose. Diesem Satz soll nicht widersprochen werden, falls damit eine generelle Verlängerung des Normalarbeits-Achstundentages für ein unter Normalverhältnissen lebendes Volk die ideale Lösung der Arbeitszeitfrage ist. Könnte man allenfalls in Zeiten der Not zugestehen, daß eine halbe Stunde pro Arbeitstag zur Erreichung gewisser Staatsnotwendigkeiten zugewidmet werden könne. Ungerecht dagegen wäre es, nur einige wenige Berufe zur Hergabe eines beträchtlichen Teiles ihrer persönlichen Erholungszeit zwingen zu wollen. In einem sühndem Staat werden beispielsweise die Bahnwärter während des Dienstbereitschaftsteiles ihres Achstundendienstes mit Befehlen für die Eisenbahnverwaltung beschäftigt. Dies ist ein gesundes Prinzip, gegen welches niemand etwas einwenden kann. Es muß unbedingt Sache des Arbeitgebers, sei es nun der Staat oder eine Privatfirma, sein, diejenigen Kräfte, deren Beschäftigung unerlässlich ist, entweder während der Dienstbereitschaftszeiten angemessen zu beschäftigen oder, wenn dies nicht geht, ihm die Bereitschaft, die ja ein Opfer der persönlichen Zeit darstellt, ebenso als volle Arbeitszeit zu bezahlen. In der Rede eines Abgeordneten wurde unlängst die Behauptung aufgestellt, daß in extremen Fällen manche Lokomotivführer von den vorchriftsmäßigen 208 Stunden monatlich nur 70 bis 80 Stunden ihr Amt wirklich ausüben und die übrige Zeit nur in Bereitschaft sind, also nichts zu tun haben. Abgesehen davon, daß solche extremen Fälle niemals vorkommen, vernimmt der Verbreiter dieser Nachricht, daß der Dienst des Lokomotivführers nicht nur während der Fahrt eines Zuges ausgeübt wird, sondern jedesmal 1½ Stunden vor dem Fahrtbeginn anfängt und nachher mindestens noch 1 Stunde für Restaurieren der Lokomotive gebraucht wird. Der Begriff Dienstbereitschaft würde auch alle Ärzte, welche in Sanitätswachen Wachdienst tun und in manchen Nächten überhaupt keine „Arbeit“ erhalten, schwer treffen; ebenso zahlreiche Leute, die als Wächter in Geschäftsräumen, als Hotelportiers oder in Apotheken als Nachprovisoren Dienstleistungen tun.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Spaltung des Normalarbeitstages in zwei Begriffe, Arbeitszeit und Dienstzeit, ein verfehlter gesetzgeberischer Gedanke ist. Er ist schon deshalb verfehlt, weil der volkswirtschaftliche Nutzeffekt im ganzen genommen ein verhältnismäßig geringer ist, weil dadurch nur eine kleine Anzahl von Berufsangehörigen um große Teile ihrer freien Zeit gebracht

wird; während die große Masse der Arbeitnehmer im vollen Besitz ihrer 16 Stunden eigener Zeit verbleibt. Ein viel größerer Nutzen für die Allgemeinheit würde entstehen, wenn man den Normalarbeitstag für alle Arbeitnehmer vorübergehend auch nur um 10 Minuten verlängern würde.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Mit Rücksicht auf die kommende Erhöhung des Brotpreises und die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten hat der Reichsarbeitsminister sich in einem Rundschreiben an die Regierungen der Länder vom 3. Februar 1922 damit einverstanden erklärt, daß die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen um durchschnittlich 25 Prozent erhöht werden, für die jugendlichen ledigen um durchschnittlich 15 Prozent. Die Regierungen der Länder werden die erforderlichen Anweisungen an die Gemeinden unverzüglich ergehen lassen.

Einstweilige Verfügung gegen Streikposten. In Lippheine (Kreis Soltau) stehen die Metallarbeiter im Streik. Selbstverständlich wurden Streikposten aufgestellt, die sich aber so verhielten, daß für die Behörden zum Einschreiten kein Anlaß gegeben war. Der Bürgermeister lehnte daher Maßnahmen rundweg ab, die die Firma Schülz & Bethke veranlassen sollte. Die Schärfer wandten sich nunmehr an den Amtsgerichtsrat Krause, der den folgenden Gerichtsbeschluss herbeiführte und ihn im „Lippheiner Anzeiger“ als Interat veröffentlichte:

„An die ehemaligen (!) Arbeiter der Firma Schülz & Bethke wird folgender Gerichtsbeschluss zur Kenntnis gegeben: Auf Antrag der Firma Schülz & Bethke zu Lippheine wird im Wege der einstweiligen Verfügung 1. dem Metallarbeiterverband Lippheine, vertreten durch den Former Emil Weber, Lippheine, 2. dem Deutschen Gewerksverein (Hirsch-Dunder), vertreten durch den Dreher Julius Greffin zu Lippheine, bei Androhung einer Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, Streikposten an den Eingängen zu dem Fabrikgebäude der Antragstellerin aufzustellen, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten oder zu belästigen, oder in anderer Weise die Fortsetzung des Betriebes der Antragstellerin zu hindern bzw. den Betrieb zu betreten. Die Kosten fallen dem Antragsgegner zur Last. Lippheine, den 9. Februar 1922. Das Amtsgericht.“

Arbeitswillige können sich am Montag von 8 Uhr ab im Fabrikgebäude melden, wo ihnen die Bedingungen bekanntgegeben werden.

Diese einstweilige Verfügung zeigt ungefähr, wie man dem Streikrecht beizukommen versucht und was uns in dieser Beziehung erst erwartet, wenn die Reaktion wieder ans Ruder köme. Vor derartigen einstweiligen Verfügungen muß ein besonderer Schutz geschaffen werden. Ihre Anfechtung ergibt zwar die Haltlosigkeit solcher Verfügungen, jedoch erst dann, wenn der Streik längst vorüber ist. Einstweilen aber helfen sich die Streikenden in Lippheine mit dem Trost: „Bange machen gilt nicht“, und suchen sich andere Streikposten.

Reichsrahmentarif für Bäcker und Transportarbeiter. Vom Genossenschaftstag in Baden-Baden erhielten die genossenschaftlichen Tarifamtsbehalter die Vollmacht und den Auftrag, mit den Vertretern der beteiligten Gewerkschaften über die Zusammenfassung der geltenden Bezirksrahmentarife für Bäcker und Transportarbeiter zu einem Reichsrahmentarif zu verhandeln. Diese Verhandlungen kamen am 26. Januar d. J. zum Abschluß. Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß die Schlichtung von Differenzen und die Tarifrechtspredung nach den Bestimmungen des Tarifs des nordwestdeutschen Verbandes erfolgt, der gleichzeitig als Reichsrahmentarif gilt. Soweit die Tarife der anderen Verbände und einzelner Vereine günstiger Bestimmungen aufweisen, gelten diese bis zum Ablauf des Tarifs als Sonderabmachungen, die der Rechtspredung des Tarifamts unterstehen. Der nordwestdeutsche Tarif läuft am 31. Juli 1922 ab. Generalkrat und Genossenschaftstag werden zu beschließen haben, ob sie über einen neuen Reichsrahmentarif verhandeln wollen.

Gegen Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung. Aus Boston wird gemeldet: 40 000 Baumwollspinnereiarbeiter in New-England haben den Streik proklamiert, um gegen die Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent und gegen den Versuch der Verlängerung der Arbeitszeit von 48 auf 54 Stunden wöchentlich zu protestieren.

Aus aller Welt.

Wölfe in der Lausitz. Aus Forst in der Lausitz kommt die überraschende Kunde, daß auf dem unweit der Stadt gelegenen Niedergut Weibagel von dem Gutsinspektor W. von Ende zwei Wölfe erlegt worden seien. Es handelte sich um zwei ausgewachsene Exemplare des sogenannten Karpathenwolfs. Die Tiere sind von der Nase bis zur Rute 1,28 bzw. 1,27 Meter lang und wogen 88 Pfund. Es gelang, die vielleicht von Polen herübergekommelten Raubtiere durch Treiber einzufesseln und dann abzuschlehen.

Großfeuer in Kößlin. Durch ein Großfeuer wurde in Kößlin ein großes Geschäftshaus mit den verschiedenartigsten Geschäften vernichtet. Bei der herrschenden Kälte wurden die Lösungs- und Rettungsarbeiten sehr erschwert.

Eine Filmschauspielerin von einem Panther verletzt. Die junge französische Filmdiva Maria Dagmar wurde kürzlich während einer Filmprobe, bei der auch zwei Panther mitwirkten, das Opfer eines Unfalls. Eine der Bestien stürzte sich plötzlich auf die Künstlerin und verletzte ihr wütende Bißte in den Kopf und in den Hals. Mit vieler Mühe gelang es dem Dompteur und einem der mitwirkenden Künstler, den Panther zu verschrecken. Frau Dagmar ist indessen so schwer verletzt, daß sie in bedenklichem Zustand nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Das Autoliebchen. Koffspielige galante Abenteuerer Berliner Droßfenchaußreure kamen in einer Verhandlung vor der Strafkammer des dortigen Landesgerichts 1. zur Sparte. Angeklagt wegen Diebstahls im straffähigenden Rückfall war die angebl. Schauspielerin Maria Magdalena Kort. Die schon vielfach, darunter auch schwer mit Zuchtshaus vorbestrafte Angeklagte arbeitete mit folgender raffinierter Methode: Sie ließ sich von einem Kraftfahrzeugführer nach irgendeinem Hause im vornehmsten Westen fahren, zahlte dort den ordnungsmäßigen Fahrpreis und gab sogar ein besonders gutes Trinkgeld, welches den sonst sehr mürrischen Herrn Chauffeure eine freundliche Miene abtrotzte. Dies hatte die weitere Folge, daß ein Gespräch zustande kam, in welchem die hochlegant gekleidete Dame die Arme schlüssig rekte und dem erstaunt aufhorchenden Chauffeur erzählte, daß sie gern auf allen Luxus, mit den sie sich schon in den letzten Jahren befindliche Gatte umgeben, verzichten würde, wenn — Dieses „wenn“ führte schließlich dazu, daß der Chauffeur etwa eine Viertelstunde später feststellen konnte, daß bei den im Wageninnern erfolgten Umarmungen des liebebedürftigen „Autoliebchens“ seine — Briefstapel mit der gesamten Tageseinnahme in Höhe von einigen Tausend Mark verschwunden war. — Erst einem Droßfenchaußer Sp., dem seine Kollegen ihr Abenteuer mit der eleganten Diebin erzählt hatten, gelang es, die gefährliche Diebin abzufassen, nachdem er zum Schein auf ihre Lodungen eingegangen war. Das Gericht erkannte auf die niedrigste Strafe von einem Jahr Zuchtshaus, rechnete der Angeklagten aber die volle Unterzuchungshaft an.

Der reichste Mann der Welt? Neuerlichen Feststellungen zufolge muß John D. Rockefeller, der Delmagat und Hauptaktionär der Standard Oil, die Stellung des reichsten Mannes der Welt an Henry Ford, den Automobilhersteller, abtreten. In einem Anfang Januar durch die Zeitungen gegangenen Interview sagte Ford, daß sein Bankguthaben sich zwischen 135 bis 145 Millionen Dollar bewege. Bis dem widersprochen wird, darf das als das größte Bankguthaben bezeichnet werden, über das je ein einzelner verfügt hat. Darüber hinaus schätzt Ford seine verschiedenen Unternehmungen kapitalisiert auf eine Milliarde Dollar (also in deutschem Geld 200 Milliarden Mark).

Reklame, die zum Himmel schreit. Der „Frankfurter Zeitung“ wird berichtet: Das Entschuldigende in Reklamewerben soll erst noch kommen. In Buffalo versuchte nämlich eine Gesellschaft mit Scheinwerfern von großer Lichtstärke Reklamen auf Wolken zu werfen. Zunächst ist es gelungen, den Umriß eines hohen Turmes ersichtlich zu machen. Der „New-York Herald“ hat darüber berichtet, erzählt, man experimentiere jetzt mit Scheinwerfern von einer Milliarde Kerzenstärke. Damit könnte man Wolken in der Höhe von 10—12 Kilometer über der Erde erhellen. Es scheint allerdings noch nicht gelungen zu sein, Anpreisungen von Leberpillen, Korsetten, Zahnpulver und sonstigen Dingen am Himmel vor Augen zu führen, denn die Sache ist „noch im Verluhsstadium“, wie der „Herald“ sagt. Hoffentlich hat es dabei kein Bewenden.

herbrauende winterliche Alpensturm sich schnell besänftigt, ebenso schnell legt sich auch der Föhnsturm im Gemüte Tonis — und dann nimmt sein Auge einen tieftraurigen Ausdruck an. Einen wehmütigen Ausdruck — der mit dem fallenden und lachenden Säuselwesen in schärfstem Widerspruch steht.

Toni hat das schönste Mädchen aus dem Stadtviertel Castelle geheiratet — und in Castelle sind alle Mädchen schön. Seit Tizians Zeiten.

Seine Frau schenkte ihm einen Rubin und ein Möbel. Borzolo und Teresina. Der Lohn im Schlachthof war knapp — es reichte weder für die Familie noch für den Dusch. Der Kluge handelt. Toni ward selbständig. Und sein Laden am Fuß der Kialtobrücke gab dem auch bald einen guten Verdienst.

Tonis Frau half ihrem Mann. Sie stand an der Kasse. Das war ein Unglück — denn hier lernte sie den Verpflegungsoffizier kennen; der Verpflegungsoffizier von der Marinetaferne. Der kaufte für seine Mannschaften Knochen statt Fleisch ein.

Toni stank oft nach Schnaps. Dorn schlug er seine Frau. Der Offizier duftete immer nach Veilchenparfüm — und nach Helotkap und nach viel, viel Geld.

Es war wohl von der Madonna so bestimmt — eines Nachts schlief Tonis Frau beim Blumenputz und beim Geld — und bereits nach einem Jahr sah sie in einem orangenroten Bordell hinter dem Marktplatz. Seeleute, Marktträger und Hafenarbeiter tranken aus den weißen Büllsten der schönen Hure. Mancher trank sich eine Krankheit an den Leib.

Toni hoff mehr und mehr. Einige Male hatte er schon Pleite bemacht. Aber immer wieder eröffnete er seinen Laden. Immer wieder fand er geduldige Gläubiger.

Bortolo ist groß geworden. Er hilft jetzt dem Vater im Geschäft. Und Teresina ward schön — so schön wie die Märgenonne über den grünleibenden Wellen der singenden Adria. Teresina steht nun am Plaque der Mutter, an der Kuppernden Kasse.

Und Toni? O — Toni läuft von Kneipe zu Kneipe. Toni trinkt und trinkt. Und wenn sein Blut so roht vom Weingeist durchtränkt ist, — dann sind seine Augen Quellen des größten Schmerzes. Jedem Saufruder wirft er sich an die Brust — und er schwört ihm, daß er die Hure im Bordell hinter dem Marktplatz immer noch liebt und er bittet seine Trinkfreunde, ihm bei seiner Rache behilflich zu sein; einmal müsse er ihn doch packen — ihn — ihn — den Verführer — den Störer seines Eheglücks.

Der aber kauft in Tonis Laden immer noch Knochen für seine Matrosen ein. Toni steht ihn täglich — grüßt ihn täglich — er schreit wohl auch mal doppelt für ihn an — und alleruntertänigst bittet er den nun grau gewordenen Verpflegungsoffizier um sein weiteres Wohlwollen. Das Geschäft — das Geschäft: davon muß man doch leben.

Es ist der Wille der himmlischen Madonna unberechenbar — aber war sie die Kurpfüßlerin; sicher hat sie auch Teresina an das Bett des alten geilen Verpflegungsoffiziers gesüßt. Erst die Mutter und dann die Tochter.

Toni ist verzweifelt. Er trinkt mehr als je — er flucht und flucht — und eifrigst sucht er nach Raubgenossen. Aber an jedem Morgen steht er dann wieder ernüchert als gefälliger Geschäftsmann in seinem Laden.

Heute kam er nicht — und mittags fanden Gondolorie seine Leiche unter dem Wagen der Kialtobrücke. Die steigende Blut schlenkerte mit Armen und Beinen des Ertrunkenen. Das ganze profetiarische Benehig trauerte um den Metzger Toni. Er war doch der fähigste Trinker der Stadt.

Birt — noch einen Doppelliter Foreste her. Auf das Andenken Tonis. Und man flucht auf die Offiziere; man flucht auf das Geld, man flucht auf die Madonna — und auf alle Heiligen. Auch auf San Marco.

Der Milchfischer.

Von Bruno Brandt.

Es sind doch die kleinen Dinge, aus denen die großen Stunden erwachsen. Ich bin eins und ermußt dazu aus einer ganz schlichten Handlung: Als im Herbst die Blätter fielen und die Butterpreise stiegen, war meine Zigarrenkiste leer, und meine Frau sah fürderhin keinerlei Möglichkeit, in unserem Haushaltes tat den Rauchposten wieder einzufahren. Meine Frau, meine Schwiegermutter, meine Tochter und ich redeten mir zu viert ein, daß die Quaalerei in diesen Zeiten ein läubhaftes Laster sei.

Ich bin ein kochlicher, einfacher Mensch, der gläubig das Rauchen einstellte, arbeitete und nicht verzweifelte, buhdete und fühlte, wie er emporwuchs zu einem Symbol des deutschen Volkes, dem ja auch ein Licht nach dem andern ausgeblasen wird. Der Fleiß, die Treue, die Not und Duldertraft meines Volkes spiegelten sich in mir. Solches Bewußtsein hob mich über die Nikotinlosigkeit hinaus, erfüllte mich mit Stolz. Wer möchte nicht das wandelnde Gleichnis einer ganzen Nation sein?

Bis ich eines Tages starr und aller Schönheit entblättert vor unserem Hüft stand: im obersten Stockwerk, Abteilung Glaswaren, braun und herrlich zwischen Gläsern versteckt — lag eine Zigarre! Ich denke doch, ich muß das Hüft freisen. Aber meine Straß herbeieilende Frau entzog mir die schlaute, dunkle Quaalwurzel kühl und ungerührt: „Die ist für den Milchmann.“

In meinen Augen glomm ein düsteres Feuer auf, indes wohl die übrigen Teile ein Fragezeichen bildeten, denn meine Frau wiederholte mit guter Betonung des Wesentlichsten: „Ja — für den Milchmann, der tut mir manchen kleinen Gefallen. Sprachs — und entschwand mit der Braunen treppab. Unten auf der Straße klingelte der Milchfischer seine Ware aus.

Dies Erlebnis ging tief nach innen und verhinderte dort mit Erfolg eine spontane Entladung nach außen. Wozu Rauch, Verzehrer? — flüsternte mir eine innere Stimme zu. Sie wissen

doch, daß Ihre Frau, sofern man heute alle Ehen annullierte und die Männer noch einmal verteilt, leider wieder nach Ihnen greifen würde! Wenn Ihre liebe Frau also den Rauchgenuß nicht Ihnen, sondern einem andern zuerkennt, so muß dieser andere halt einen noch wichtigeren Faktor bedeuten! Es gibt eben noch einen Teil der Nation, der des Rauchens für würdig befunden wird. Der Milchmann gehört dazu. Er erweist den Frauen kleine Gefälligkeiten, sei es, daß er etwas zugiebt, sei es, daß er überhaupt Milch bringt. . . . Jedoch, mein Lieber, hekte eine andere Stimme und dazte mich brutal, erweist du deiner Frau nicht auch manchen Gefallen? Von Spaziergängen, Theaterbesuchen oder sonstigen Handreichungen abgesehen: Ist es nicht die größte Gefälligkeit, die ein Milchmann in diesen düsteren Tagen bezeigen kann, daß er überhaupt bei der Stange bleibt?! Daß er sein dürftiges Einkommen mit seiner Familie verzehrt?! Daß er nicht entflucht in einer Zeit, in der das Pfund Margarine im Moment dieser Niederschicht 32 Mark kostet?!

Und inmitten dieser quälenden Diskussion wurde mir klargemacht, wie sehr meine Tätigkeit danebengeschätzt wird. Der Milchmann fährt nur die Milch breit; manche Volkswirtschaftler bestreiten, daß der Handel überhaupt als produktive Arbeit angesehen werden kann. Ich aber produziere ewige Worte. In den Gebilden meiner bunten Phantasie erfreut sich die kleine Ladenmännchen wie die Dame in Seel, der Arbeiter wie der Bourgeois, der Feitere wie der Traurige. Tausende, aber Tausende verschlingen meine Produkte mit seligen Augen. Unzählige Zuschriften bezeugen es. Man rühmt mit Recht meinen Will, meine Phantasie, meine Erfindungsgabe, mein Feuer, meinen Stil, meinen Balkaschen Fleiß, die Kühnheit meiner Gedanken. Aber meine Frau erkennt Zigarren, die mir gehören sollten, dem Milchmann zu.

Und meine Frau steht damit in einer Front, mit der sich an Zahl keine andere messen kann. Denn der Milchmann arbeitet mit Händen und Beinen. Man sieht es. Mir dagegen begegnet man vormittags hin und wieder bei den Wildenten am Fluße oder sieht mich gelegentlich im Waldpark sitzen und träumen. Döfen nennt es mein Schwager, der Hufbarant. Döfen — indes mein fieberndes Hirn einen Anäuel Visionen händigt, Motive erledigt, Luftschlöffer jimmert, in deren Gehäß jeder einen Nagel schlagen und seinen Hut dranhängen kann; Döfen — indes mein ruheloser Geist Weltbilder formt, die in gedrucktem Zustande Millionen ergößen. (Unzählige Zuschriften beweisen es!) Aber meine Frau, die noch dazu rettungslos seit sechs Jahren in mich verzoffen ist — — —

Nein, ich bin kein wandelndes Wahrzeichen der Nation, ich bin nur das wehmütige Symbol der geistigen Wärtzere, die unter die Hand- und Beinarbeit des Milchmannes gekunt sind.

Und wenn ich von meiner Frau wieder Zigarren zugebilligt haben will, muß ich mich scheiden lassen und Milchfischer werden.

